Margit Mayer

Regimewechsel in den USA

Von der weißen Siedlergesellschaft zur neoliberalen Hegemonialmacht – und zurück?

Binnen nur neun Monaten im Amt hat die zweite Trump-Regierung die alte amerikanische Ordnung – im Innern wie nach Außen – ins Wanken gebracht. Es ist deutlich, dass sie eine in vielfacher Hinsicht gegensätzliche „Ordnung" zu etablieren sucht. Diese institutionelle und ideologische Transformation des US-amerikanischen Staats und seiner Narrative scheint an den Grundwerten der amerikanischen Verfassung zu rütteln sowie an deren Gleichheits- und Demokratieversprechen, die im Lauf der letzten zwei Jahrhunderte durch Ausweitung des Wahlrechts, Bürgerrechtsgesetzgebung und sozialstaatliche wie regulatorische Institutionen konsolidiert wurden. Graduell war so die vorherige, auf Rassentrennung und Geschlechterungleichheit basierende Gesellschaftsordnung der weißen Siedler-Suprematie verdrängt worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann das derart eingehegte amerikanische Herrschaftsmodell sich zur globalen Hegemonialmacht zu entwickeln, die sich – insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem zentralen Rivalen Sowjetunion – allerdings nach wie vor auf den Gründungsmythos der USA, wie er in der Verfassung von 1787 kodifiziert ist, bezieht (Grandin 2019).

Dies nationale Narrativ des amerikanischen Exzeptionalismus, das durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und die langdauernde Konkurrenz mit dem kommunistischen Regime immer wieder erneuert wurde, verkörperte gleichsam den Geist der Gründungsväter, die demokratischen Ideale der amerikanischen Verfassung und ihrer Institutionen, sowie die fortschreitende Realisierung der Freiheits- und Gleichheitsversprechen des *American Dream* (Mayer 2024). Diese Sichtweise prägte nicht nur das fordistische Amerika, sondern genauso das neoliberale, das den sinkenden Profitraten der 1970er Jahre mit Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien sowie mit massiver Aufrüstung entgegentrat. Sowohl nach innen als auch nach

außen spielte das amerikanische hegemoniale Projekt gegen die Sowjetunion eine zentrale Rolle: intern schuf es jenseits aller politischen Differenzen eine gewisse Einigkeit zwischen den beiden politischen Parteien; extern erlaubte das gleiche Narrativ den USA, ihre Macht international zu projizieren, indem sie das Versprechen von Freiheit und Gleichheit als weltweit geteiltes Interesse unterstellten. Das Resultat war eine amerikanische Nachkriegsordnung, die von der Betonung regelbasierter Legalität bei gleichzeitiger kontinuierlicher Verletzung eben dieser Regeln geprägt war. Die durch die USA initiierten multilateralen Institutionen galten als Ausdruck sowohl der Lehren aus den Schrecken des Zweiten Weltkriegs als auch der amerikanischen konstitutionellen Werte. Gleichzeitig erforderte die Aufrechterhaltung globaler Sicherheit die Rolle der USA als internationalen Garanten. Daraus ergab sich ein permanenter Balanceakt zwischen dem Einstehen für Rechtsstaatlichkeit und deren Verletzung durch Militäraktionen oder CIA-Interventionen, die jeweils mit der Notwendigkeit der Bewahrung kollektiver Stabilität begründet wurden – auch wenn das in den betroffenen Ländern, v.a. in den vormals kolonialisierten (und sich heute zunehmend in den BRICS organisierenden), anders wahrgenommen wurde (Rana 2025).

Mit dem Ende der Systemrivalität und dem Beginn der unipolaren Hegemonie der USA[1] entfiel jedoch der ideologische Kitt, der die inneren Widersprüche des nationalen Narrativs von der sich allmählich vollendenden amerikanischen Demokratie zusammenhielt: die überparteiliche Geschlossenheit in der Verteidigung demokratischer Werte gegenüber dem „totalitären" Gegner bröckelte. Die unterschiedlichen politischen Werte und Ziele zwischen Republikanern und Demokraten konnten wieder in den Vordergrund treten.

Da die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts – Rechte für Frauen und ethnische Minderheiten, Sozialgesetzgebung, Anerkennung von Gewerkschaften – eben nicht im Gründungsdokument der „unvollendeten Demokratie" verankert oder auch nur angelegt sind, konnten

1 Das Ende des Kalten Kriegs sah die USA in einer Position, von der aus sie vermeinten, den globalen Handel gut zu ihren Bedingungen steuern zu können. Sie setzten sich für globale Zollsenkungen und Freihandelsverträge ein – während US-Konzerne zunehmend *Offshoring* betrieben, also Mexiko, China oder Indien dabei unterstützten, Fertigungsanlagen zu bauen. Dabei schien es zunächst nur Gewinner zu geben – sowohl bei den profitmachenden Konzernen als auch bei den amerikanischen Konsumenten, die die globale Überproduktion absorbierten.

sich Rechtskonservative problemlos auf die Verfassung von 1787 beziehen, die die exklusiv für weiße männliche Siedler geltende Freiheit und Gleichheit reflektiert. Dieser ursprüngliche amerikanische Ethno-Nationalismus war mit den Reformen des New Deal und der 1960er Jahre keineswegs verschwunden. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dank der zunehmenden gesellschaftlichen Verwüstungen der neoliberalen Politik – die neoliberale Globalisierung hatte eben auch Verlierer in den deindustrialisierten Regionen hinterlassen[2] – manifestierte er sich in einer erstarkenden Rechten, die die Gesellschaftsverträge der 1930er und 1960er Jahre schlicht ablehnt. Diese Rechte hat sich zunehmend strategisch organisiert und nutzte die institutionellen Mechanismen des Minoritäten-privilegierenden amerikanischen Regierungssystems geschickt aus, um schließlich – trotz fehlender Mehrheiten – das Oberste Gericht, den Senat und die Präsidentschaft zu erobern (Mayer 2022: 29-45; Levitsky/Ziblatt 2024).

Die von Reagan begonnene und durch Clinton intensivierte Neoliberalisierung der Politik hatte zwar das stagnierende Wirtschaftswachstum belebt und die Profitraten wieder steigen lassen – allerdings sorgten die neuen Handelsverträge, insbesondere NAFTA, und die Deregulierung des Finanzsektors für ausgedehnte Deindustrialisierung sowie für eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, was Ressentiments schürte gegen die Eliten, die für die Verwandlung der amerikanischen Stahlindustrie in einen *Rustbelt* verantwortlich gemacht wurden. Da das neoliberale Modell auf massiver Ausweitung von billigen Krediten basierte, produzierte es schließlich die Bankenkrise von 2008, welche die Obama-Regierung[3] mit einem noch massiveren *Bailout* „löste" – also noch mehr Kreditaufnahme zur „Systemrettung" und noch mehr Austerität für alle sozialen Belange, mit den zu erwartenden politischen Folgen. 2012 setzte eine doppelte Wählerwanderung ein: Die abgehängten Arbeiter- und Mittelklassen wandten sich stärker den Republikanern zu, die urbanen und suburbanen, gebildeten Schichten tendierten mehr zu den Demokraten (Mayer 2025: 213). Die Zwischenwahlen von 2014 signalisierten eine massive

2 Schon 1999 thematisierten die Anti-WTO-Proteste in Seattle die Kehrseite der Globalisierung, und 2002 versuchte sich Präsident G.W. Bush sogar an einem Zoll auf Stahlimporte, um die heimische Stahlproduktion vor den Billigimporten zu schützen.

3 Obama versprach zwar, verloren gegangene Industriejobs zurückzubringen, aber es gelang ihm nicht (https://www.theguardian.com/business/2013/jul/24/us-manufacturing-troubled-promise-reshoring).

Abkehr der Wähler*innen von beiden Großparteien, und die 2016er (Vor-)Wahlen manifestierten die steigende Attraktivität von Kandidaten am linken (Sanders) und rechten Rand (Tea Party und Trump).

Trumps Sieg 2016 gewährte den Republikanern den ersten Versuch, einen „Regimewandel" herbeizuführen. Seine Handelspolitik fokussierte insbesondere auf China, dessen Aufstieg zum Top-Exporteur und -Kreditgeber er als Bedrohung für die USA erkannte;[4] auch der Rückzug der USA aus dem Freihandelsabkommen Trans-Pacific Partnership, die Neuverhandlung von NAFTA (USMCA) und diverse Scharmützel mit der WTO verweisen auf sein Bemühen, die Rolle der USA in der globalisierten Welt neu zu definieren. Aber sein damaliges Team war zu heterogen aufgestellt und von noch starken Globalisten eingehegt, als dass es viel bewirken konnte.

Anschließend erhielten die Demokraten mit Biden die Chance, die extreme Ungleichheit zwischen Arm und Reich anzupacken, und mittels staatlich gesteuerter Industriepolitik die aufgestauten wirtschaftlichen, sozialen und Klimaprobleme anzugehen. Doch nach vier Jahren *Bidenomics* waren „Inflation, Arbeitslosigkeit, Zinsraten und Staatsverschuldung allesamt höher als 2019. Zwischen 2019 und 2023 ist das inflationsbereinigte Haushaltseinkommen gefallen, die Armutsraten sind gestiegen […], der Mindestlohn war, inflationsbereinigt, zum Ende seiner Präsidentschaft niedriger als zu deren Beginn" (Furman 2025; Mayer 2022: 104-167).

Auch aus der Finanzwelt mehrten sich Stimmen, die sich zunehmend alarmiert über den Zustand der amerikanischen Wirtschaft äußerten. So monierte der vormalige 'chief-global strategist' Ruchir Sharma (2025), dass die periodischen Finanzkrisen, wie sie 2001, 2008, und 2020 ausbrachen, Ausdruck einer permanenten täglichen Krise kolossaler Fehlallokation von Kapital sind, die aus den enormen Infusionen von billigem Geld durch die Zentralbanken resultierten, um die stetig sinkenden Wachstumsraten abzustützen. Früher oder später müsse ein folgenreicher Systemschock folgen. Selbst der Chef der US-Notenbank Fed, Jerome Powell, gab 2024 zu Protokoll, dass mittel- bis langfristig der Verschuldungspfad der USA nicht nachhaltig sei.[5]

---

4 Dank des vereinfachten Zugangs zum US-amerikanischen Markt hatte China 2024 ein Handels-Surplus von fast 300 Milliarden Dollar angehäuft (https://www.tovima.com/finance/china-halts-boeing-orders-amid-escalating-u-s-trade-war/).

5 https://thehill.com/business/5022592-federal-reserve-warns-unsustainable-path/.

Vieles an Trumps Neuausrichtung der Politik könnte demnach als Versuch gelesen werden, für die USA bzw. das amerikanische Kapital und seine Eliten Bedingungen herzustellen, die einen solchen Systemschock präventiv absorbieren, um weiterhin eine dominante Rolle in der sich nun herausbildenden Weltordnung zu spielen. Angesichts der Gleichzeitigkeit von großen Krisen – der Kapitalverwertungskrise, der Krise der globalen Weltordnung und der ambivalent gewordenen Führungsrolle der USA (sowohl als Weltpolizei als auch als *consumer of last resort*), und des Bankrotts der „regelbasierten Ordnung", des offensichtlichen Doppelstandards der liberalen Ideologie – stand das Land bzw. sein Führungspersonal tatsächlich vor enormen Herausforderungen. Sie alle parallel zu adressieren, musste unweigerlich Widersprüche und Widerstand produzieren. Die Demokratische Partei war vor ihnen zurückgeschreckt. Die Republikaner unter Führung von Trump haben damit begonnen, sie auf Kosten von Rechtstaatlichkeit und sozialdemokratischen Errungenschaften, sowie auf Kosten des Planeten und künftiger Generationen zu „lösen"[6].

Dieses Kapitel stellt für zentrale Politikbereiche die durch die Trump-Regierung angestoßenen Veränderungen dar und deutet den Regimewandel vor dem Hintergrund des in dieser Einleitung skizzierten „arc of US exceptionalism".

Um- und Abbau des Staates

Vom ersten Tag seiner Amtszeit an regierte Trump mit Direktiven (*executive orders*) – bis dato erließ er 218 – und 'Präsidentiellen Memoranden' (57). Die meisten davon dienten der Umsetzung der Blaupausen, die in *Project 25* für die rechts-konservative Neuausrichtung der amerikanischen Politik vorgezeichnet wurden.[7] Danach sollte der Staat nicht nur verschlankt, sondern regelrecht umgebaut werden: vor allem die Macht der Exekutive gelte es zu konsolidieren und die Gewaltenteilung zu unterminieren. Die Kapitel zeichnen diverse Wege vor, wie nicht nur die Befugnisse des Präsidentenamts gegenüber Kongress und

6 Neben den genannten konfrontiert das Land weitere große Krisen. Von der ökologischen und der Klimakrise ist in diesem Kapitel kaum die Rede. Sie werden von der Trump-Regierung nicht addressiert bzw. nur verschlimmert.

7 Das von der Heritage Foundation initiierte *Mandate for Leadership: Project 2025* stellte die neunte Ausgabe in einer Reihe präsidentieller „Betriebsanleitungen" seit 1981 dar. Eine Reihe der Autoren des 900-seitigen Werks wurde auf diverse Stellen der Trumpschen Regierung berufen.

Gerichten zu stärken seien, sondern auch, wie – unter Zuhilfenahme der sog. *Unitary Executive Theorie* (Knutson 2025) – die Exekutive Macht über all jene Kontroll- und Regulierungsbehörden ausüben solle, die vom Kongress als unabhängig vom jeweiligen Präsidenten eingesetzt wurden.

Die Kürzungen und Abwicklungen zielten primär auf die regulativen, redistributiven und sozialen „Arme" des Staats, während gleichzeitig seine „Korporatisierung" – also der direkte Einzug von Vertretern der Großkonzerne, insbesondere von „Big Tech" und des Finanzkapitals, in die Staatsapparate voranschritt[8]. Die staatlichen Repressions- und Sicherheitsapparate dagegen werden ausgebaut[9], und ihre Mitarbeiter*innen entsprechend ideologischer und Loyalitäts-Kriterien ausgetauscht. In *allen* Ministerien und Behörden, auch beim Militär und FBI, hat Trump die Beamt*innen in Schlüsselpositionen mit ihm ergebenen Leuten ausgetauscht.

Bereits am ersten Tag etablierte Trump per Dekret das *Department of Government Efficiency* (DOGE), das den Staatsapparat modernisieren, seine Ausgaben sowie das Heer der Beamten und Angestellten (und somit das Haushaltsdefizit) reduzieren, und „Missbrauch und Betrug" eliminieren sollte. Geleitet vom als „Berater" deklarierten Milliardär Elon Musk haben sich DOGE-Mitarbeiter*innen Zugang zu Daten, Verträgen und Zahlungssystemen verschafft, willkürliche Massenentlassungen von Beamt*innen und Angestellten der Bundesregierung veranlasst, Programme gestoppt und ganze Behörden aufgelöst. Zwar wurden viele der Entlassungen und Kürzungen durch Gerichtsentscheide zunächst infrage gestellt (Bonica 2025), doch später unterstützte der Oberste Gerichtshof das von der Trump-Regierung mit einem Notstandsargument begründete Behörden-'Downsizing'[10];

8 Dabei werden bereits seit Obamas Präsidentschaft die Regierungen nicht mehr von „fordistischen" Konzernen wie John Deere (Land- und Forstwirtschaftsmaschinen, Dieselmotoren und Schwermaschinen), Monsanto (Agrochemie und landwirtschaftliche Biotechnologie) oder von Chemie-Riesen wie Dupont/DowDupont gekauft, sondern immer mehr von der Wall Street (Finanzkapital) und Silicon Valley (Hi-Tech)-Unternehmen. Entsprechendes gilt für die Ernennungen für Kabinetts- und andere Posten. In jedem Fall ist durch das unmittelbare Kapern von staatlicher Macht eine „relative Autonomie des Staats" nicht mehr gewährleistet.

9 https://jacobin.com/2025/04/trump-military-spending-medicaid-cuts

10 Ende Juni schränkte der Supreme Court die Kompetenz von Bundesrichtern, Aktionen des Präsidenten bundesweit zu blockieren, deutlich ein – selbst wenn sie diese für verfassungswidrig halten (Bendavid 2025b).

auch Berufungsgerichte erteilten der Auflösung von Behörden grünes Licht (Kruzel u.a. 2025, Demirjian 2025).

Soweit die Aufgaben, mit denen die abgebauten Einrichtungen betraut waren, in das Konzept der Republikaner passen, sollen sie privatisiert werden. Musk prahlte, dass er einen „corporate takeover" der Bundesregierung durchführe, um alles, was sich irgendwie privatisieren lässt, zu privatisieren.[11] Das wird auch essenzielle Sozialleistungen wie die Alterssicherung (Social Security[12]) treffen, wo DOGE Personal gekürzt, Außenstellen geschlossen, und Mittel gestrichen hat – wodurch dieses Rentensystem, in das Berufstätige während ihres Arbeitslebens einzahlen, bald so ruiniert sein wird, dass es zur Privatisierung „freigegeben" werden kann (Malito 2025).

Auf die Proteste der Gewerkschaften für Bundesangestellte reagierte Trump im März mit einer umfassenden Direktive, die etwa einer Million Staatsangestellten in mehr als einem Dutzend Behörden verbot, sich weiterhin gewerkschaftlich zu organisieren.[13] Ein Berufungsgericht bestätigte im August gegen mehrere einstweilige Verfügungen Trumps Recht, das Bundespersonal nach seinem Gutdünken zu kontrollieren.[14] Insgesamt gehen ca. 300.000 Entlassungen von Bundesbeamten auf die Arbeit von DOGE zurück.

Während die Massenentlassungen und das Einbehalten von vom Kongress bewilligten Geldern keineswegs zu den versprochenen Einsparungen von 2 Billionen US-Dollar führten, realisierte DOGE doch andere, u.a. auch in *Project 2025* aufgeführte Ziele, wie bspw. die Beseitigung interner politischer Feinde (v.a. in der Entwicklungsbehörde USAID und im Bildungsministerium[15]).

---

11 https://www.aa.com.tr/en/americas/-we-should-privatize-anything-that-can-reasonably-be-privatized-says-elon-musk-criticizing-us-rail-system/3501680

12 Ca. 69 Millionen (verrentete und/oder behinderte) Amerikaner*innen erhalten monatlich Leistungen von der Social Security Administration (https://www.ssa.gov/news/press/factsheets/basicfact-alt.pdf).

13 https://www.nytimes.com/2025/03/29/us/politics/federal-worker-unions-doge.html

14 https://www.nytimes.com/2025/08/01/us/politics/collective-bargaining-ninth-circuit.html

15 Für das Erziehungsministerium hatte der Kongress im März knapp 7 Milliarden US-Dollar bewilligt, die zum 1. Juli freigegeben werden sollten. Die Trump-Regierung verkündete jedoch am 30. Juni, dass zunächst eine „Überprüfung" des Ministeriums stattfinden müsse, denn das OMB habe herausgefunden, dass Bundesgelder teilweise „missbraucht wurden, um eine radikale linke Agenda zu subventionieren" (https://www.nytimes.com/2025/07/18/us/trump-after-school-funding.html). Diese Gelder waren

Trump hatte bereits im März eine Direktive erlassen, um den Datentausch zwischen sämtlichen Behörden zu fördern[16], und Musk sorgte dafür, dass die (von Peter Thiel und Alexander Karp gegründete) Datenanalyse-Firma Palantir in mehreren Ministerien und Behörden platziert wurde (Homeland Security, Health and Human Services, Pentagon, Social Security Administration, Internal Revenue Service), wo Palantir mit seiner Software-Plattform *Foundry* die Daten aus deren unterschiedlichen Quellen integriert und vereinheitlicht – und bereits nutzt, bspw. um angeblich illegal sich in den USA aufhaltende Migrant*innen aufzuspüren.[17]

Der Oberste Gerichtshof entschied mehrfach, dass die Trump-Regierung mit ihren Massenentlassungen und dem Rück- bzw. Abbau unliebsamer Behörden und ganzer Ministerien fortfahren könne, was verschiedene Bundesrichter zuvor blockiert hatten (Savage 2025 a, b, c). Der *Supreme Court*, dessen Mehrheit die Macht der Exekutive (auf Basis der 'unitary executive theory') zu stärken sucht, nutzt dazu die außergewöhnliche Methode des sog. *shadow docket*, d.h. knapp gehaltene, unsignierte Entscheide, die meist schon binnen einer Woche mit Verweis auf einen Notstand oder auf einen andernfalls entstehenden „nicht wieder gut zu machenden Schaden" des Antragstellers gerechtfertigt werden. Dieses Vorgehen führt dazu, dass Konflikte nicht mehr im Kongress (dem eigentlich solche Entscheidungen vorbehalten sind), in Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen politischen Interessen verhandelt und schließlich mit relativ klaren Gesetzestexten einer Lösung zugeführt werden.

Auch nach Musks Abgang im Mai[18] und der Auflösung von DOGE (am 4. Juli 2025) ging der Abbau weiter (Barrett 2025) – nicht nur

---

v.a. zur Unterstützung von Schulen in ländlichen und einkommensschwachen Regionen vorgesehen.

16 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/stopping-waste-fraud-and-abuse-by-eliminating-information-silos/

17 Seit Trump im Amt ist, erhielt Palantir mehr als 113 Millionen US-Dollar über bestehende und neue Verträge, dazu kam im Mai 2025 noch ein Vertrag über 795 Millionen US-Dollar mit dem Verteidigungsministerium (Frenkel/Krolik 2025).

18 Musk kehrte nach drei Monaten als Leiter von DOGE zu seinen Privatunternehmen zurück, die z.T. massive Verluste erlitten hatten (u.a. wegen weltweiter Proteste gegen Tesla, und auch weil Musk weder die Streichungen von Subventionen für E-Autos noch die Zölle verhindern konnte. Insgesamt jedoch profitierten seine Unternehmen prächtig von seiner Rolle, die ihm erlaubte, lukrative Verträge zu schliessen, Ermittlungen gegen einige seiner

dank der Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, sondern auch weil Russell Vought, Direktor des Office of Management and Budget (OMB) und Architekt von *Project 2025*, das Streichprogramm weiterführt. So revidierte das OMB nicht nur bereits zugesagte Mittel für das Erziehungsministerium (siehe FN 15), es drängte auch den Kongress, von der Regierung vorgenommene Kürzungen über 9,4 Milliarden US-Dollar noch nachträglich zu besiegeln. Gegen alle Einwände von Demokratischer Seite hoben die Republikaner zuvor verabschiedete Finanzierungspakete für Entwicklungshilfe und öffentlichen Rundfunk auf, und verabschiedeten das sog. Rescissions-Gesetz, das Trump am 24. Juli unterschrieb. Explizit traten die Kongressmitglieder hiermit die ihnen in der Verfassung zugeteilte Macht über den Haushalt an den Präsidenten ab.[19]

Auch das große Steuer- und Haushaltspaket, von den Republikanern *One Big Beautiful Bill* (OBBB) genannt, das der Kongress am 3. Juli verabschiedete und Trump am Nationalen Feiertag, 4. Juli, unterzeichnete[20], enthält massive Kürzungen – vor allem im sozialen Sicherheitsnetz[21] sowie bei Ausgaben für Umwelt, Klima und den

---

Firmen zu stoppen, u.v.a.m. John Hyatt von Forbes schätzte, dass diese Rolle ihn um 170 Milliarden US-Dollar bereichert hat (Hyatt 2025).

19 In der Tat hat der Kongress wiederholt abgelehnt, seine verfassungsmässige Kompetenz über Ausgaben sowie über Zölle geltend zu machen, sondern viele seiner Funktionen an die Exekutive übertragen bzw. dazu eingewilligt (Bendavid 2025b).

20 Dieses 940 Seiten umfassende Gesetzespaket wirkt auch dann noch im Sinne von Trumpscher Politik, wenn die Republikanische Partei den Kongress und das Weiße Haus verlieren sollte. Wie Bidens *Inflation Reduction Act* (der ursprünglich als *Build Back Better*-Gesetz mit umfangreichen Sozial- und Umweltausgaben gestartet war), sind auch Trumps Vorhaben in ein Steuer- und Haushaltsgesetz verpackt, um die Klippe des Filibuster im Senat zu umschiffen (zu diesem Mechanismus von sog. *Reconciliation bills* und zum Filibuster siehe Mayer 2022).

21 Die hier vorgenommenen Streichungen, die z.T. erst nach den Kongresswahlen 2026 wirksam werden, stellen eine komplette Kehrtwende insbesondere bezüglich des zuletzt eingeschlagenen Wegs in Richtung einer alle Einwohner umfassenden Krankenversicherung dar. Geschätzte 12 Millionen Menschen werden ihre durch Medicaid oder durch Obamacare erbrachte Krankenversicherung verlieren (bei Medicaid allein werden in den nächsten 10 Jahren mindestens 930 Milliarden US-Dollar gestrichen), wodurch auch zahllose Krankenhäuser, v.a. in unterversorgten ländlichen Regionen, ihre Angebote reduzieren oder sogar schließen werden müssen. Auch beim Medicare-Programm (Krankenversicherung für über-65-Jährige), das Trump versprochen hatte nicht anzurühren, werden in den nächsten 10 Jahren automatische Kürzungen über ca. 500 Milliarden US-Dollar fällig, sobald das OBBB-

Subventionen für erneuerbare Energie[22] – um so die enormen, permanenten Steuergeschenke für Milliardäre und Konzerne sowie die Ausweitung der „Grenzsicherheit" und der Masseninternierungen und -deportationen[23] zu finanzieren, welche die umfangreichsten Ausgaben, den von Republikanern bejubelten Kern, des OBBB bilden. Was immer die in diesem Gesetzespaket verabschiedeten Kürzungen einsparen, wird durch die 3,4 Billionen US-Dollar, um die es die Staatsverschuldung steigern wird, mehr als konterkariert[24] (Kilgore 2025).

Resultat dieses Um- und Abbaus ist ein enorm geschwächter Verwaltungsstaat, dem jede Sozialstaatlichkeit abgeht, und dessen Führungspersonal sich nicht mehr durch Erfahrung und Sachkompetenz, sondern lediglich ideologische Standfestigkeit und Loyalität zu Trump auszeichnet. Des weiteren verunmöglicht die Änderung der Art des Regierens, also die Tatsache, dass die (knappe) Republikanische Mehrheit dem Kongress vorbehaltene Rechte (insbesondere über Ausgaben) bereitwillig dem Präsidenten opferte, den bislang üblichen Verhandlungsprozess zwischen beiden Parteien. Die Republikaner nutzen ihre Mehrheit, um die Arbeit mächtiger Senatsausschüsse zu torpedieren, indem sie Debatten (bspw. zu umstrittenen Nominierungen) abschnei-

---

Gesetz das Haushaltsdefizit um erwartete 3,4 Billionen US-Dollar erhöhen wird, wie das Congressional Budget Office berechnet hat. Das in OBBB für Ende 2025 vorgesehene Auslaufen der Steuerkredite, die Obamacare für Millionen von Menschen erschwinglich macht, wurde von den Demokraten während des *Shutdown* seit dem 1. November zum Verhandlungsgegenstand gewählt: denn Millionen von Menschen würden ihre Krankenversicherung ohne diese Kredite verlieren, für die andern würden die Prämien explodieren, weshalb drei Viertel aller Amerikaner*innen die Fortsetzung von Obamacare wünschen.

22 Letztere treffen u.a. Dutzende von Solar- und Offshore-Windparks, die zum grossen Teil schon fast fertig gestellt sind (https://apnews.com/article/trump-offshore-wind-renewable-energy-transportation-8578da8b985b6d4eef20ec4d85c21b5d https://ctexaminer.com/2025/08/30/dangers-of-pulling-the-plug-on-revolution-wind/, https://heathercoxrichardson.substack.com/p/august-30-2025) sowie auch Teslas Rendite (https://www.autoevolution.com/news/elon-musk-is-about-to-receive-one-big-beautiful-blow-in-the-war-with-donald-trump-252518.html).

23 170 Milliarden US-Dollar sieht das OBBB für ICE, die Immigrationspolizei (Immigration and Customs Enforcement) vor. Dazu im nächsten Abschnitt mehr.

24 https://www.cbo.gov/publication/61570#:~:text=Summary,updated%20to%20reflect%20enacted%20legislation.

den und Abstimmungen ohne jede vorherige Aussprache erzwingen.[25] Sie geben so auch die dem Kongress zugeteilte Aufgabe auf, Nominierungen aus dem Weißen Haus zu überprüfen. Das Prinzip der Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr, wenn jeder ausgehandelte Deal mit einer anschließenden Abstimmung im Senat wieder rückgängig gemacht werden kann. Der Sinn und Zweck von Verhandlungen zwischen den Parteien erodiert – egal ob über Mittelzuweisungen, Ernennungen, oder sonstige kontroverse Vorhaben wie z.B. die Veröffentlichung der Epstein Files (Hulse 2025). Regiert wird folglich weniger mittels Gesetzgebung, sondern durch die Exekutive sowie ad hoc über Gerichtsurteile, die per Notstandserklärung und vorläufig ('shadow docket') gefällt werden, aber dennoch vorinstanzliche Entscheidungen außer Kraft setzen (Bendavid 2025a). Im Maß wie (nicht mehr unbedingt Trump selbst, aber) die Entscheider in seiner Regierung (insbesondere der OMB-Direktor Russell Vought und Stephen Miller, der sich das Amt des Stellvertretenden Stabschefs des Weißen Hauses und des Homeland Security Advisor zu einer Schlüsselposition ausgebaut hat) ihre Kontrolle über den Staat ausdehnten, spitzte sich die Situation zu. Vought arbeitete von Anfang an darauf hin, dem Kongress die Macht über den Haushalt zu entreißen und sorgte wieder und wieder, mit unterschiedlichen Methoden, für die Blockierung oder Streichung von Programmen, die der Kongress bewilligt hatte. Als zum Ende des Fiskaljahrs am 30. September ein Shutdown drohte, setzte er alles daran, den Demokraten im Senat die Schuld daran zu geben, weil sie das Haushaltsgesetz blockierten. Die knüpften ihre Zustimmung jedoch an die Rücknahme der Steuerkredite für Obamacare, wofür sich drei Viertel der Amerikaner*innen aussprechen. Nachdem die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus einen Vorschlag, den Haushalt vorläufig bis Januar zu sichern, verabschiedet und an den Senat weitergeleitet hatten, schickte ihr Anführer Mike Johnson die Abgeordneten nach Hause, und steigerte so den Druck auf die Demokraten im Senat.

---

25 Bspw. bei der Ernennung des äußerst umstrittenen ehemaligen Verteidigers von Trump, Emil Bove III, der für den einflußreichen Posten auf einem Berufungsgericht nominiert wurde. Der Vorsitzende des *Senate Judiciary Committee* Grassley erzürnte die Demokratischen Kolleg*innen, die mehr Zeit für die Überprüfung des Kandidaten forderten, indem er eine exklusiv republikanische Abstimmung – in diesem Fall also Befürwortung – forcierte (Hulse 2025).

Nach 40 Tagen Shutdown und der Aussicht, dass 42 Millionen auf staatliche Lebensmittelunterstützung angewiesene Amerikaner*innen hungern würden, weil die 8 Milliarden Doller für dies Programm fehlen (obwohl der Präsident, wie bei früheren Shutdowns auch, eine eigens dafür bestimmte Reserve nutzen konnte), werden sich hinreichend demokratische Stimmen finden, um den Weg für ein Haushaltsgesetz freizumachen, das die Regierung – zumindest vorerst – wieder öffnen wird.

Austreibung von „illegalen Aliens"[26] und von „anti-amerikanischen" Ideologien und Aktivitäten

Wie im Wahlkampf versprochen, erklärte Trump „illegale Immigration" sofort nach Amtsantritt zum nationalen Notstand, beschnitt das Asylrecht, beendete den temporären Schutz für Tausende Menschen aus Venezuela, Honduras und Nicaragua[27], und instruierte das Militär, beim Mauerbau an der Grenze sowie bei Unterbringung und Transport von Abzuschiebenden mitzuwirken. Nachdem Verhaftungen und Abschiebungen von illegalisierten Migrant*innen zunächst zögerlich angelaufen waren, erhöhte das Heimatschutzministerium im Mai die Verhaftungsquote von 1000 auf 3000 pro Tag, also mehr als eine Million pro Jahr (Olivares 2025). Seither hat *Immigration and Customs Enforcement* (ICE)[28] ihr Repertoire an Taktiken erweitert – mit dem Ausleihen von Beamten aus anderen Strafverfolgungsbehörden,[29] mit

26 Regierungsmitglieder verwenden bevorzugt diesen Terminus, womit sie nicht nur Nicht-US-Bürger mit prekärem Aufenthaltsstatus, sondern auch deren Kriminalität insinuieren.

27 Im Mai entschied der Oberste Gerichtshof die Rechtmässigkeit der Aufhebung des „Temporären geschützten Status" (TPS).

28 Aufgabe von ICE ist es, Menschen, die sich illegalerweise in USA aufhalten, ausfindig zu machen und der Abschiebung zuzuführen. Zunehmend kooperiert ICE mit Border Patrol, deren Aufgabe es eigentlich ist, illegale Grenzübertritte zu ahnden. Die kombinierten Polizei- und Abschiebe-Behörden verfolgen das Ziel, so viele potenziell ohne legalen Aufenthaltsstatus sich in den USA Aufhaltende wie möglich zu finden, ohne sich groß um Beweise gesetzwidrigen Verhaltens zu kümmern. Dabei betreiben Border Patrol häufig streifende Patrouillen, während ICE eher gezielte Operationen durchführt und nach bestimmten Personen fahndet.

29 So wurden Tausende von Beamten vom FBI, der Drug Enforcement Agency (DEA), vom Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives (ATF), vom Marshals Service, vom Inspektionsdienst der Post, und auch von der *Financial crimes investigation* des IRS abgezogen (Reichlin-Melnick 2025).

Abordnungen lokaler Polizei- und Sheriff-Behörden, die unter dem von Trump expandierten 287(g)-Programm verpflichtet werden, für den Bund Festnahmen wegen aufenthaltsrechtlicher Vergehen vorzunehmen,[30] mit der Durchführung von Festnahmen an Orten, die zuvor geschützt waren (wie in Justizgebäuden, wo Migrant*innen wegen ihrer aufenthaltsrechtlichen Verfahren erscheinen müssen), sowie mit vermehrten Razzien an Arbeitsstellen und Plätzen, wo Tagelöhner auf Aufträge warten. Auch sog. „kollaterale" Verhaftungen (wo nicht nur eine gesuchte Person, sondern auch Umstehende festgesetzt werden) sind neu im Programm, genauso wie streifende Patrouillen (Reichlin-Melnick 2025). Diese Ausweitung von Razzien, Personal und Verhaftungen führten zu überfüllten Gefangenenlagern, zu (versehentlichen?) Verhaftungen von US-Staatsbürgern, zur Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren,[31] und vielfachen Festnahmen auf Basis von ideologischen Unterstellungen (Walters 2025). In dem Maß, wie versuchte Grenzübertritte abnahmen, nahmen die Einsätze im Landesinnern zu (Levine/Hawkins 2025). Seit Trumps Amtsantritt erhöhte sich die Zahl der in ICE-Gefängnissen festgesetzten Menschen bis Mitte Mai 2025 um 10.000 auf 49.000, bis 6.Novmeber ist sie auf über 66.000 gestiegen – ein Rekordhoch.[32] Entgegen der Behauptungen der Trump-Regierung, dass nur kriminelle Migrant*innen in Abschiebehaft genommen würden, haben 72% der Inhaftierten keinerlei Vorstrafen.[33]

Das OBBB-Gesetzespaket machte mit der Aufstockung des ICE-Etats um 170 Milliarden US-Dollar die Immigrationspolizei zur größten Strafverfolgungsbehörde in der Geschichte der US-Regierung – bestens ausgestattet, um die vorgesehenen Quoten von Razzien, Verhaftungen und Massenabschiebungen durchzuführen. Der Kongress bewilligte allein für den Ausbau der Internierungsinfrastruktur 45 Milliarden US-Dollar, im Jahr zuvor hatte ICE für „immigration detention" lediglich 4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Mit dieser

30 https://forumtogether.org/article/explainer-training-under-the-revived-287g-task-force-model/; https://www.theguardian.com/us-news/ng-interactive/2025/apr/30/trump-local-police-immigration

31 https://www.theguardian.com/us-news/2025/jul/25/florida-teen-immigration-arrest

32 https://www.cbsnews.com/news/ices-detainee-population-reaches-66000-a-new-record-high-statistics-show/.

33 https://www.nbcnews.com/news/us-news/alligator-alcatraz-florida-detainees-conditions-fungus-mosquitoes-rcna220205

Unsumme kann ICE die Kapazität dieses Gefängnissystems binnen sechs Monaten mehr als verdoppeln. Es wird grösser als das gesamte karzerale System des Bundes sein und soll im Durchschnitt 100.000 Menschen pro Tag unterbringen.[34] Zusätzlich plant ICE die Ausweitung von Haftkapazitäten auf Militärbasen mit Zeltlagern, bspw. auf Fort Bliss, einer Militärbasis in El Paso, Texas, um ca. 5000 Menschen dort zu internieren.[35]

Des Weiteren stellt OBBB Mittel zur Einstellung von 10.000 neuen ICE-Beamten (zusätzlich zu den bislang 20.000) und 3.000 weiteren Grenzschutzbeamten bereit (zusätzlich zu den bis dato ca. 19.000).[36] Weil die normalerweise an der Grenze zu Mexiko eingesetzten *Border Patrols* inzwischen durch Militär (ca. 10.000 Soldaten) verstärkt wurden, werden die Grenzbeamten nun auch verstärkt im Landesinnern eingesetzt (zusammen mit *Homeland Security Investigations* und ATF-Beamten)[37].

Die Trump-Regierung rechtfertigt ihre Eskalation von Verhaftungen und Abschiebungen mit einer „Invasion" durch lateinamerikanische Drogenkartelle und „illegal alien gangs". Um diese aufzuhalten, berief Trump sich auf den bislang nur im Kontext von Kriegen angewendeten *Alien Enemies Act* von 1798, um so angebliche Gang-Mitglieder ohne jegliche Anhörung und ohne richterliche Erlaubnis nach El Salvador (und auch in andere Drittstaaten) zu überstellen, wo sie ohne Aus-

---

34 https://www.washingtonpost.com/immigration/2025/07/04/trump-deportations-gop-tax-bill/.

35 Das Verteidigungsministerium hat bereits einen Vertrag über 1,26 Milliarden US-Dollar ausgeschrieben, um dort die größte Haftanstalt der USA zu bauen (https://www.texastribune.org/2025/07/23/texas-migrant-detention-tent-camp-fort-bliss-el-paso/).

36 Es ist jedoch fraglich, wie schnell sich Kandidaten für so viele Stellen rekrutieren lassen. Aufgrund zu geringer Meldungen bietet ICE inzwischen Bewerbern einen Bonus von 50.000 US-Dollar sowie Unterstützung bei der Rückzahlung für Studiendarlehen. Auch senkte die Behörde die Anforderungen für die neuen Rekruten: Altersgrenzen (nach unten wie nach oben) wurden gestrichen, und ein College-Abschluss ist auch nicht vorausgesetzt (https://www.latimes.com/politics/story/2025-07-18/ice-border-patrol-immigration-hiring-trump; https://www.npr.org/2025/08/01/g-s1-80636/trump-immigration-ice-federal-workers).

37 ATF ist die einzige Behörde innerhalb der Bundesregierung, die tatsächlich Inspektionen der Waffenläden in USA durchführt (von denen es mehr gibt als McDonalds und Starbucks zusammen). Trump hat nun 80% der ATF-Beamten an ICE abgestellt (https://www.democracynow.org/2025/8/28/minneapolis_shooting).

sicht auf Freilassung in riesigen Hochsicherheitsgefängnissen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten wurden – jenseits US-amerikanischer Gerichtsbarkeit.[38]

Während das primäre Ziel dieser neuen Politik die massenhafte Ausschaffung von Migrant*innen bestimmter Ethnien bzw. aus bestimmten Herkunftsländern ist, besteht das nicht minder wichtige sekundäre Ziel in der Verbreitung von Angst und Schrecken in den Communities der 'Undokumentierten' (ca. 14 Millionen) und darüber hinaus in vielen Migranten-Communities. Aufnahmen von maskierten Agenten, in ziviler Kleidung, also ohne jedes Abzeichen, sind allgegenwärtig, wie sie brutal Menschen von der Straße weg oder an ihren Arbeitsplätzen festnehmen, oder von Razzien, die Betriebe und ganze Nachbarschaften terrorisieren. Diese Einsätze bewirkten bald Effekte wie verminderte Nutzung von öffentlichen Transportmitteln sowie von Krankenhäusern, Schüler, die dem Unterricht, und Gläubige, die der Messe fernbleiben. In Los Angeles hat der Bischof einer katholischen Diözese den Gemeindemitgliedern erlaubt, der Messe fernzubleiben.[39]

ICE agiert bereits wie eine Geheimpolizei: bewaffnete, maskierte Männer zwingen Menschen, mit und ohne Papieren, in unmarkierte SUVs, und lassen sie verschwinden, bis sie nach Tagen oder Wochen in Gefängnissen in weit entfernten US-Staaten – oder in El Salvador – auftauchen. Die ICE-Mitarbeiter ignorieren dabei die verfassungsmä-

---

38 So dass versehentlich Deportierte, wie monatelang behauptet wurde, „leider" nicht mehr zurückgebracht werden könnten (Watkins/Feuer 2025). Auch das Urteil des Obersten Gerichts, dass Kilmar Abrego Garcia, der aufgrund eines zugegebenen „Verwaltungsfehlers" am 12.3. verhaftet und drei Tage später nach El Salvador abgeschoben wurde, zurückgeführt werden muss, wurde vom Weißen Haus missachtet, genauso wie weitere Mahnungen sowie die Androhung von Sanktionen durch das Bezirksgericht, wohin der Supreme Court den Fall zurückgewiesen hatte. Am 6. Juni brachte die US-Regierung Garcia zurück in die USA, inhaftierte ihn in Tennessee, und verklagte ihn erneut, diesmal wegen „unerlaubtem Transport von illegalen Migranten". Am 22.8. wurde er von dort nach Maryland entlassen, von wo ICE ihn nach Uganda abschieben wollte – es sei denn, er bekennt sich schuldig, dann würde er statt nach Uganda nach Costa Rica überstellt werden. Er ist immer noch inhaftiert (in Pennsylvanien), die Regierung intendiert nun, ihn nach Liberien abzuschieben.

39 https://www.nbclosangeles.com/news/business/money-report/bishop-of-major-catholic-diocese-exempts-parishioners-from-mass-over-fears-of-ice-raids/3741567/.

ßigen Rechte von Betroffenen genauso wie Rechte von (den wenigen) Kongressmitgliedern, die ICE-Gefängnisse zu inspizieren versuchen.[40]

Zur Strategie der massenhaften Ausschaffung gehört auch die Aufforderung an Sanctuary Cities, ihre migrantenfreundlichen Programme abzuwickeln. Das Justizministerium unter Pam Bondi forderte die Verantwortlichen in 22 Stadtregierungen auf, bis 20. August 2025 ihre entsprechenden Praktiken, wie z.B. die Nicht-Kooperation von lokalen Polizeikräften mit ICE, einzustellen – ansonsten riskierten sie Inhaftierung und den Verlust von Bundesmitteln.

Die Ausschaffungen richten sich keineswegs nur gegen „illegale" und sonstige unerwünschte „Eindringlinge" von außen. Auch legal in den USA lebende Studierende und Forscher*innen werden abgeschoben, weil sie – bspw. mit ihrer Kritik an der Politik Israels – angeblich gegen amerikanische Interessen verstoßen. Akademiker*innen mit Green Cards oder gültigen Visas, deren „Vergehen" im Einsatz für die Rechte Palästinas bestand, wurden im Stil von Kidnappings verhaftet und entweder abgeschoben oder in Abschiebehaft genommen – zunächst ohne jegliche Anhörungen. Ende März erklärte Außenminister Rubio, dass er bereits mehr als 300 Visas widerrufen habe, um „Gäste", die gegen die amerikanische Außenpolitik opponieren, abzuschieben. Mitte August hatte die Regierung bereits über 6000 Studentenvisas widerrufen.[41]

Die Säuberung der USA geht nicht nur durch die Aussonderung von nicht- und anti-amerikanischen Personen vonstatten, sondern auch durch die „Befreiung" von anti-und „unamerikanischen" Ideologien und Aktivtäten. So stoppte Trump bereits in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft sämtliche Inklusionsmaßnahmen für rassistisch oder aufgrund von sexueller Orientierung diskriminierte Gruppen, entzog zugeteilte Mittel für Antidiskriminierungsmaßnahmen und erklärte Programme für *Diversity, Equity, and Inclusion* (DEI) an staatlichen

40 https://www.techdirt.com/2025/07/16/ice-again-gives-the-law-the-finger-denies-member-of-congress-access-to-detention-facility/.

41 https://www.nytimes.com/2025/03/28/us/politics/rubio-immigration-students-ozturk-chung-khalil.html; seit Juni dürfen internationale Studierende sich wieder bewerben, müssen aber ihre Sozialen Medien auf Feindseligkeiten gegenüber „Kultur, Regierung, Einrichtungen oder Gründungsprinzipien der USA" durchsuchen lassen (https://www.bbc.com/news/articles/cz93vznx-d07o).

Einrichtungen für illegal.[42] Nicht nur an öffentlichen Einrichtungen, sondern auch in Unternehmen, bei gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen, Anwalts- und Ärztekammern und sämtlichen Hochschulen soll keinerlei „illegale DEI-Diskriminierung und Bevorzugung" mehr stattfinden. Stützen konnte sich Trump dabei auf einen Entscheid des Obersten Gerichts vom Juni 2023, der eine Bevorzugung aufgrund von „Rasse und Ethnie", die sog. „*affirmative action*" bei Zulassungen zum Hochschulstudium als Verstoß gegen die amerikanische Verfassung deklarierte. Gleichzeitig benutzt er die gleichen Bürgerrechtsgesetze, um zu behaupten, Diversitätsprogramme würden weiße Männer diskriminieren.[43]

Die Regierung treibt diesen Kulturkampf, wie in *Project 2025* vorgezeichnet, auf verschiedenen Ebenen voran: sie lässt Statuen, die während der George-Floyd-Proteste gestürzt wurden, wieder errichten, und sie greift direkt in die Arbeit von Museen sowie Kunst- und Kulturzentren (wie das Kennedy Center for Performing Arts) ein. Auf Basis des Erlasses „*Restoring Truth and Sanity to American History*" werden deren Programme nun von „unangemessener, spaltender, oder anti-amerikanischer Ideologie" befreit. Diverse Leiter einzelner Smithsonian-Museen[44] wurden zum Rücktritt gedrängt, die verbliebenen und neuen Leiter müssen nun ihre Konzepte und Kataloge vorab dem Weißen Haus vorlegen, wo geprüft wird, ob sie mit Trumps Interpretation der amerikanischen Geschichte übereinstimmen (Kanno-Youngs 2025). Schon im Februar warf Trump alle Demokraten aus dem Verwaltungsrat des Kennedy Center und ließ sich selbst – von einem neu zusammengesetzten Board – zu dessen Vorsitzenden wählen.[45] Er sorgte dafür, dass „unamerikanische" Veranstaltungen aus dem Programm gestrichen wurden, und der Kongress bewillig-

42 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/ending-radical-and-wasteful-government-dei-programs-and-preferencing/, https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/ending-illegal-discrimination-and-restoring-merit-based-opportunity/

43 https://www.nytimes.com/2025/05/25/us/politics/trump-race-civil-right-white-men.html

44 The Smithsonian Institution ist der weltweit größte Museumskomplex, dessen Museen, Forschungs- und Bildungsstätten sich größtenteil in Washington, D.C., befinden.

45 https://www.npr.org/2025/02/12/nx-s1-5294697/trump-kennedy-center-chairman.

te (im Rahmen des OBBB-Gesetzes) üppigere Mittel als je zuvor.[46] Diese 257 Millionen US-Dollar sollen aber nur freigegeben werden, wenn eines der Opernhäuser nach Melania Trump umbenannt wird. Demnächst könnte *das* Symbol für die schönen Künste nach Trump selbst benannt sein – ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt dem Kongress bereits vor.[47]

Auch Universitäten werden gesäubert, Campus-Proteste kriminalisiert, Milliarden von (bereits bewilligten) öffentlichen Forschungsgeldern storniert, häufig als Strafe für ihr „zu lasches" Vorgehen gegen als „Antisemitismus" deklarierte pro-palästinensische Aktivitäten. Drei der führenden Universitäten (Columbia, Brown, und die University of Pennsylvania) haben sich bald auf „Einigungen" mit der Trump-Regierung eingelassen, in denen sie Millionen von Dollar an die Regierung abtraten, sowie einen Großteil ihrer Autonomie, um weiterhin Bundesmittel für Forschung zu erhalten[48]. Harvard hat als einzige Universität sowohl die Mittelkürzungen (von über 2 Milliarden US-Dollar) als auch das Verbot, internationale Studierende zuzulassen, vor Gericht angefochten.[49] Dort hat sie einige Teilerfolge

---

46 https://www.nytimes.com/2025/05/06/arts/music/kennedy-center-budget-congress-trump.html und https://www.npr.org/2025/08/12/nx-s1-5500151/kennedy-center-honors-trump

47 https://www.npr.org/2025/07/29/nx-s1-5483848/kennedy-center-trump

48 Der Columbia Universität, die angeblich pro-palästinensische Aktivitäten nicht hinlänglich unterbunden habe, wurden bereits vom Kongress bewilligte (400) Forschungsmillionen „eingefroren". Um die Bundesforschungsmittel auszulösen, musste die private Universität 221 Millionen US-Dollar Strafe an die Regierung zahlen. Die „Einigung" erfordert auch, dass Columbia spezielle Polizeikräfte für den Campus anheuern muss, die berechtigt sind, Studierende zu verhaften, sowie Aufpasser für African Studies- und Middle Eastern Studies-Institute zu beordern. Ferner, dass sie ihre internationalen Studierenden überwacht und etwaige Vergehen der Bundeseinwanderungsbehörde meldet. (https://president.columbia.edu/sites/default/files/content/July%202025%20Announcement/Columbia%20University%20Resolution%20Agreement.pdf; https://www.nytimes.com/2025/07/23/nyregion/columbia-trump-funding-deal.html; https://www.nytimes.com/2025/08/19/us/politics/trump-universities-financial-penalties.html; https://balkin.blogspot.com/2025/07/regulation-by-deal-comes-to-higher-ed.html; https://apnews.com/article/columbia-university-settlement-trump-harvard-526cefc6623d3572605d3e792ac19682).

49 Zunächst hatte Harvard dem Druck aus Washington allerdings nachgegeben und die Vorsitzende des Center for Middle Eastern Studies wegen angeblichem Anti-Israel Bias entlassen.

erzielt, eine endgültige „Einigung" steht noch aus.[50] Gegen die University of California, Los Angeles, ging Trump besonders hart vor. Er fror 584 Millionen US-Dollar an bewilligten Bundesmitteln ein – solange bis UCLA 1 Milliarde US-Dollar Strafe zum Ausgleich von „Antisemitismus"-Vorwürfen zahle.[51] Dutzende weitere Unis sehen sich ähnlichen Ermittlungen gegenüber. Die Zahl von erzwungenen „Einigungen", von den betroffenen Hochschulen eher als Erpressungen wahrgenommen, wird wohl noch steigen (Speri 2025). Dieses harte Durchgreifen, das die Hochschulen mit angedrohten Mittelkürzungen erpresst, um DEI-Programme zu stoppen und politische Kontrolle über ihre Curricula hinzunehmen, ist Teil eines weitaus breiteren Kriegs gegen Wissenschaft und Forschung. Während das Pentagon, Homeland Security, und dort insbesondere ICE massive Haushaltszuwächse erfuhren, wurde in der Grundlagenforschung, sowie der Medizin-, Klima- und Umweltforschung im Schnitt um ein Drittel gekürzt.[52]

Auch Medienkonzerne, die sich aus Trumps Sicht etwas haben zuschulden kommen lassen (wie bspw. der TV-Sender CBS, der ein Interview mit Trumps Rivalin Kamala Harris so geschnitten habe, dass er es als für sich unvorteilhaft ansah), werden mit Klagen und Einschüchterungsversuchen überzogen, und zahlen Millionen von Dollar an die Regierung. Schließlich sind sie von Behörden (wie z.B. der Federal Communications Commission, FCC) abhängig, die von ihnen beantragte Fusionen zu bewilligen haben. Mit solchen „Deals" sichert Trump sich nicht nur hohe Bestechungsgelder, sondern auch noch weitere Zugeständnisse, wie die Streichung von populären, aber regierungskritischen Programmen (Cohen 2025). Auch große Anwaltskanzleien, die in der Vergangenheit einmal Trump auf den

---

50 https://www.insidehighered.com/news/government/politics-elections/2025/11/03/are-trumps-settlements-losing-steam

51 https://www.nytimes.com/2025/08/01/us/politics/trump-cuts-ucla-funding-federal-research.html; https://www.latimes.com/california/story/2025-08-08/trump-seeking-1-billion-fine-from-ucla-over-antisemitism-allegations; https://www.nytimes.com/2025/08/08/us/trump-ucla-research-funding-deal.html

52 Die National Science Foundation, die einen Großteil der Grundlagenforschung an US-Universitäten finanziert, hat in diesem Jahr eine Milliarde Dollar weniger erhalten als jeweils in den letzten 10 Jahren. Obendrein terminierte die Regierung mehr als 1600 aktive Förderungen, insgesamt im Wert von mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar (https://www.nytimes.com/interactive/2025/05/22/upshot/nsf-grants-trump-cuts.html; https://www.nytimes.com/2025/07/10/science/trump-science-budget-cuts.html).

Schlips getreten sind oder die von Justizministerin Bondi sanktioniert wurden, weil sie „frivolous, unreasonable, and vexatious litigation" gegen die US-Regierung betrieben haben, handelten Deals mit Trump aus, in denen sie sich verpflichteten, fast eine Milliarde US-Dollar an kostenlosen Rechtsdienstleistungen für von der Regierung bevorzugte Zwecke zu spenden.[53]

Die Reinigung von „Anti-Amerikanischem" durchzieht alle gesellschaftlichen Institutionen, und macht auch vor dem Militär nicht halt. Hegseth säubert die ihm Untergebenen von „woker" Ideologie und Praxis. Dabei entlässt er nicht nur transgender Soldaten aus ihrem Dienst und verweigert ihnen ihre Altersversorgung, sondern er entfernt auch Schwarze aus Führungspositionen. Zusätzlich bringt er seine ultrakonservative Religiosität ins Pentagon, setzt sie in der Rekrutenwerbung ein, und sorgte so für Spaltung und Unverständnis im Militär.[54]

Zur Durchsetzung der in diesem Abschnitt dargestellten „Befreiungen" – von „alien invaders", lateinamerikanischen Drogenkartellen, sowie von „antiamerikanischen Ideologien" – bedurfte es nicht nur zahlloser Rauswürfe und der Resignation von langgedientem Führungspersonal, sondern auch des Aufbaus einer Art geheimer Staatspolizei sowie des Ausbaus von Abschiebelagern, wo eine Anfechtung des permanenten Bruchs von rechtstaatlichen Normen durch Gerichte gezielt verunmöglicht wird.[55]

Kehrseite der Säuberungen von allem „Unamerikanischen" ist die Aufwertung patriotischer, christlich-nationalistischer, rassistischer und frauenfeindlicher Ideologien und Gruppen. Beginnend mit der Begnadigung von fast 1600 im Zusammenhang mit der Stürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 Verurteilter an seinem ersten Tag im Amt[56] hat Trump inzwischen viele der Forderungen der extremen Rechten in sein Programm aufgenommen – ihre Demonstrationen sind entsprechend überflüssig geworden.[57] Mit der Ankunft der rechtsextremen

---

53 https://www.commondreams.org/news/skadden-arps-deal-trump

54 https://www.theguardian.com/us-news/2025/aug/14/pete-hegseth-pentagon-christian-nationalism

55 https://www.democracynow.org/2025/7/22/belkis_willie; https://www.democracynow.org/2025/8/20/aclu_alligator_alcatraz; https://theintercept.com/2025/08/18/ice-children-hotel-detention-nyc-deported/

56 https://www.nytimes.com/2025/01/20/us/politics/trump-pardons-jan-6.html

57 https://www.nytimes.com/2025/08/23/us/politics/trump-far-right.html

Agenda auf den höchsten Ebenen der amerikanischen Politik ist ein Mainstreaming dieser Positionen verknüpft, das die Republikaner nun in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verankern suchen.

Wirtschaftspolitik: Taktische Zölle und die politische Macht neuer Tech- und Finanzindustrien

Vorgeblich um die amerikanische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs und das Staatsdefizit[58] unter Kontrolle zu bringen, setzen Trump und sein Team (unter Führung von Handelsminister Lutnick und Finanzminister Bessent) stark auf Einfuhrzölle, die nicht nur Staatseinnahmen generieren, sondern auch Produktion und Arbeitsplätze sowie ausländisches Kapital ins Land bringen sollen. Schon während seiner ersten Amtszeit hatte Trump v.a. auf chinesische Produkte Zölle erhoben, denn US-Unternehmen beklagten die unfaire Konkurrenz durch subventionierte chinesische Ware. Biden hatte diese Politik fortgesetzt und sogar weitere Handelsrestriktionen zum Schutz der heimischen Halbleiterindustrie verhängt; gleichzeitig verbot er den Export avancierter Halbleiterchips sowie von Anlagen zu deren Produktion an China. Zum Ende seiner Amtszeit erhob Biden 100-prozentige Zölle auf E-Autos und Batterien. Während auch die Biden-Regierung die hohen Handelsüberschüsse Chinas, der EU und Japans als Probleme für die USA ansah, milderte die geopolitische Einigkeit mit den euro-

58 Die Staatsverschuldung beträgt inzwischen über 38 Billionen US-Dollar. Damit liegt sie nur knapp unter der erst im Juli festgesetzten Schuldenobergrenze von 41,1 Billionen US-Dollar. Legt man die aktuellen Wachstumsraten zugrunde, kommt alle 5 Monate eine weitere Billion hinzu (https://fortune.com/2025/08/12/how-much-national-debt-record-37-trillion/), d.h. die Verschuldung akzeleriert doppelt so schnell wie in den letzten 25 Jahren. Die Zinslast für diese Verschuldung beträgt mehr als 1 Billion US-Dollar im Jahr, und stellt damit die zweitgrößte Ausgabe im Bundeshalt nach Social Security dar. Auch die Ausgaben für das Militär sind nah an einer Billion, und verbrauchen damit fast die Hälfte des (außerhalb der Pflichtausgaben) frei verfügbaren Haushalts (https://www.pgpf.org/article/chart-pack-defense-spending/). Die für 2025 projizierte Zinslast von 1,2 Billionen US-Dollar bedeutet, dass täglich zwischen 2,6 und 3,3 Milliarden US-Dollar Zinsen an die in- und ausländischen Anleiheneigner bezahlt werden – unter der Voraussetzung, dass die Käufer der Bonds die Kredite zu den gegenwärtigen Raten umschulden. Im Fiskaljahr 2025 werden geschätzte 9,2 Billionen US-Dollar fällig und müssen refinanziert werden. (https://www.businesstoday.in/latest/economy/story/its-all-engineered-for-us-recession-isnt-a-risk-but-a-tool-warns-rivigo-founder-471364-2025-04-09). Unklar ist, was passiert, wenn ausländische Bondholder beschließen, woanders zu investieren.

päischen und japanischen Partnern seine handelspolitische Strenge. Zwar reduzierte Biden die von Trump verhängten Zölle auf Stahl und Aluminium, aber sein *Inflation Reduction Act* sowie der *CHIPS and Science Act* beinhalteten doch wichtige protektionistische Elemente (was von der EU entsprechend kritisiert wurde).

Trump hatte bereits im Vorfeld seiner zweiten Amtszeit massive Zölle auf *sämtliche* eingeführte Waren, inklusive solcher von bislang privilegierten Handelspartnern wie Mexiko und Kanada, angekündigt. Die Erhebung von Zöllen gehört, wie überhaupt die Macht über den Bundeshaushalt, zu den Rechten des Kongresses. Um dies zu umgehen, erklärte Trump am 2.April, den er „Liberation Day" nannte, das nationale Handelsdefizit zur nationalen Notlage und verkündete sog. „reziproke" Zölle (weil die bilateralen Handelsbeziehungen bislang eben nicht „reziprok" seien) auf Importe aus ca. 60 Ländern über die bereits verhängten 10-prozentigen Zölle auf alle ausländischen Waren hinaus.[59] Gestützt auf das Kapitel seines Handelsberaters Peter Navarro in *Project 2025* sollte es mit dieser aggressiven Zollpolitik gelingen, das (1,2 Billionen Dollar umfassende) US-Handelsdefizit auszugleichen, die extreme Staatsverschuldung zu verringern, und Industrieproduktion zurück ins Land zu holen. Ab dem 9. April sollten noch höhere Zölle für Länder, mit denen die USA ein besonders großes Handelsdefizit haben (darunter ein Zoll von 54% auf chinesische Importe und eine Abgabe von 25% auf europäische Automobilprodukte), gelten, sowie weitere sektorspezifische Zölle. Doch bereits 13 Stunden nach Inkrafttreten dieser extremen Zölle, also noch am gleichen Tag, pausierte Trump sie für 90 Tage – die prompten Einbrüche an den Aktien- und vor allem an den Anleihemärkten, der Fall des Dollars, und die Proteste von CEOs aus allen Wirtschaftssektoren waren zu massiv (Hutchinson 2025, Sonnenfeld/Henriques 2025). Allerdings beließ er die Basiszölle von 10% sowie die auf Stahl und Aluminium, und fuhr die Zölle gegenüber China sogar auf exorbitante 145%, für manche Produkte sogar auf 245%, hoch. Sowohl Elektronik- wie Phar-

59 Diese Machtanmassung wurde Ende Mai 2025 von einem US-Gericht für internationalen Handel zurückgewiesen, woraufhin Trump in Berufung ging. Ende August urteilte ein Berufungsgericht, dass Trump nicht zur Erhebung der Strafzölle befugt war, die er im April fast allen Ländern auferlegt hatte (https://www.theguardian.com/us-news/2025/aug/30/trump-tariffs-explainer). Nun befasst sich der Oberste Gerichtshof mit der Rechtmässigkeit von Trumps Zollpolitik und wird demnächst eine grundsätzliche Entscheidung treffen.

makonzerne protestierten gegen die scharfen Einschränkungen ihres Handels mit China, und konnten z.T. Ausnahmegenehmigungen erzwingen (etwa für Smartphones und andere Elektronikartikel). Die US-Handelskammer drängte Bessent und Lutnick, die Zölle für sämtliche KMU-Importeure aufzuheben, und auch die auf alle Produkte, die „nicht in den USA hergestellt werden können."[60] Als das Haushaltsgesetz OBBB mit seiner Verabschiedung im Repräsentantenhaus am 22. Mai die erste Hürde nahm und deutlich wurde, dass damit das Staatsdefizit noch größer würde, signalisierten Investoren mit US-Staatsanleihen, dass sie Trumps wirtschaftspolitische Ambitionen nicht weiter finanzieren würden, ohne mit höheren Zinsen entschädigt zu werden. Wall Street Analysten begannen, Trumps Handelspolitik als „TACO-Handel" (Trump Always Chickens Out) zu bezeichnen, weil sie stets nach dem Muster von Zollerhebungen und -aussetzungen verfährt. Dies erratische Muster trug auch nicht zur Zufriedenheit der Konsument*innen, die Preissteigerungen zu gewärtigen haben, noch der von transnationalen Lieferketten abhängigen Unternehmen bei, für die Handelskriege Anathema sind. Und auch der etablierte Sektor der Wall Street war nicht davon angetan: So warnte der CEO von JP Morgan, Jamie Dimon, Galionsfigur der großen Banken, dass Trumps erratische Handelspolitik dem Wachstum der US-Wirtschaft schaden werde.[61]

Aber die Trump-Regierung sieht eine aggressive Handelspolitik als Teil ihres breit angelegten Schwenks weg von der bisherigen Struktur des Freihandels und offenen Weltmarkts hin zu einer Form von Globalisierung, die den USA weiterhin eine dominante Rolle erlauben soll (allerdings ohne die nicht mehr darstellbare Schuldenlast), während sie China und insgesamt die Länder des globalen Südens schwächen und unterordnen soll.

Deshalb bot Trump in der 90-Tage-Pause den meisten Ländern an, einen „Deal" mit den USA auszuhandeln, aber setzte China gegenüber auf Entkopplung. Dafür hatte er auch die Unterstützung von Kapitalgruppen, die China einst als vielversprechenden Markt und Quelle billiger Waren schätzten, aber inzwischen Unternehmen wie Temu, Shein oder BYD zunehmend als bedrohliche Konkurrenten (bspw.

60 https://www.cnbc.com/2025/05/01/trump-tariffs-recession-chamber-of-commerce.html

61 https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-04-09/dimon-says-recession-is-the-likely-outcome-of-tariff-upheaval

für Amazon oder Tesla) wahrnehmen (Ruehl 2025). Nachdem die USA lange (erfolglos) versucht haben, den Transfer von *cutting-edge* KI-Technologie, v.a. von sog. *graphics processing units* (GPUs) zu verhindern, schränkte die Trump-Regierung den Export der von Nvidia entwickelten H20 GPUs für chinesische Märkte (aus Gründen nationaler Sicherheit) ein. Aber im August schloss die Trump-Regierung einen beispiellosen Deal mit Nvidia und AMD (Advanced Micro Devices), der die vorherigen Exportverbote für Halbleiterchips (die für KI-Entwicklungen so zentral sind) aufhob. Als Gegenleistung für die Erlaubnis, diese Chips nach China verkaufen zu dürfen, soll die US-Regierung 15% der Einnahmen aus solchen Verkäufen erhalten. (Die Verfassung verbietet allerdings, dass Steuern oder Zölle auf exportierte Waren erhoben werden – wenn überhaupt, dann wäre der Kongress, nicht die Exekutive, dafür zuständig). Wie auch bei anderen Gelegenheiten[62] lässt sich die Trump-Regierung für Zugeständnisse – in diesem Fall Exporterlaubnisse – bezahlen, während die Firmen, die sich keine solch riesigen Investitionen leisten können, die Kosten für den Protektionismus zu tragen haben.

Das Trump-Team kann sich in seiner Verknüpfung von Handelspolitik mit Fiskal- und Industriepolitik auf eine unorthodoxe Strömung in den Wirtschaftswissenschaften stützen, die Kapitalzuflüsse keineswegs als förderlich für die amerikanische Wirtschaft erachtet. Michael Pettis beispielsweise sieht solche Zuflüsse weniger als unvermeidliche und positive Begleiterscheinung des amerikanischen Handelsdefizits, sondern als „schädlichen Fluch" (Tett 2025). Denn zu starke Kapitalzuströme würden den Wert des Dollars steigern, damit die exzessive Finanzialisierung fördern und so die industrielle Basis der USA erodieren. Beschränkungen wie z.B. Steuern könnten diese Tendenz drosseln. Mit seiner Direktive *America First Investment*

62 Als Trump im April einen Zoll von 25% auf außerhalb der USA gefertigte iPhones androhte, um dadurch Apple zur Produktion seiner Smartphones in USA zu bewegen, kündigte Tim Cook Investitionen von $600 Milliarden in den USA über die nächsten vier Jahre an (https://www.cnbc.com/2025/05/23/trump-tariff-apple-iphones-not-made-in-the-us.html). Und als Trump einen Zoll von 100% auf alle importierten Ccomputerchips ankündigte, erhielten wiederum große Konzerne wie Apple, Nvidia und Global Foundries Ausnahmegenehmigungen, weil sie Investitionen in den USA versprachen (Packard/Obregon 2025). Allerdings verweist der Economist Trumps Vorstellungen, eine heimische Chip-Produktion zu züchten, zu recht ins Reich der Phantasie, denn sie wird noch auf Jahre von globalen Lieferketten abhängen (All-American Silicon, The Economist, 23.8.2025).

Policy[63] vom 21. Februar versprach Trump die Überprüfung eines Abkommens von 1984, das eine 30-prozentige Besteuerung chinesischer Kapitalzuströme ausgesetzt hatte, was zu Einbrüchen an den Märkten beitrug. Entsprechend unterschiedlicher Positionen innerhalb seiner Entourage blieb Trump zunächst eher unentschieden: Im Gegensatz zu Steve Bannon, der die nationalistisch-populistische Position vertritt, lehnen die „tech-bros" und die MAGA-Republikaner*innen im Kongress solche Beschränkungen eher ab aus Sorge, dadurch die Anleihemärkte zu destabilisieren.

Trumps Finanzminister Bessent und der Vorsitzende des Council of Economic Advisers, Stephen Miran, sowie auch Vize-Präsident Vance beziehen sich auf Pettis, wenn sie einen Reset des globalen Handels- und Finanzsystems anstreben, um damit gleichzeitig den amerikanischen Dollar zu schwächen und die Staatsschulden zu restrukturieren. Die scheinbar widersprüchliche Doppelstrategie zur Umformung der globalen Wirtschaftsordnung in Amerikas langfristigem Interesse besteht also darin, den Dollar abzuwerten, aber seine globale Dominanz zu sichern. Durch Steigerung der US-Exporte (weil der Dollar billiger wird) bei gleichzeitiger Senkung der Kreditkosten (weil ausländisches Vermögen in langfristige US-Schuldtitel fließt) versuchen sie, die Hegemonie der USA zu wahren und gleichzeitig mehr verarbeitende Industrie in die USA zu holen. Zölle gelten in diesem Kontext als wichtigste Waffe, mit der sie meinen, Freunde wie Feinde unter Druck setzen zu können, ihre Dollarbestände loszuwerden und mehr langfristige Bonds zu kaufen. Ihr Ziel ist also nicht so sehr eine Serie von bilateralen Handelsverträgen, sondern eine grundsätzliche Restrukturierung der das globale Handels- und Finanzsystem ordnenden Regeln, um die problematischen Kapitalströme zu entfernen (Tett 2025, Varoufakis 2025). Gleichzeitig wollen sie damit sicherstellen, dass die BRICS-Staaten keine Chance haben, die Vormachtstellung der USA im internationalen Finanzsystem herauszufordern, sondern dass der globale Süden auf der untersten Stufenleiter der Wertschöpfungsketten gefangen bleibt (Norton 2025a und b).

Entgegen der hoffnungsvollen Annahmen der Trump-Berater zeigten sich schon bald negative Konsequenzen der Zollerhöhungen: KMUs und selbst größere Firmen leiden unter Lieferkettenunterbrechungen und unsicheren Aktienmärkten, Arbeitnehmer und

63 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/02/america-first-investment-policy/

Konsumenten unter den höheren Verbraucherpreisen und steigender Arbeitslosigkeit. Als Reaktion auf die schlechten ökonomischen Daten feuerte Trump am 1.8. die Chefin des *Bureau of Labor Statistics* (BLS)[64] und wollte auch die Fed-Gouverneurin Lisa Cook entlassen, weil auch sie auf die negativen Arbeitsmarktdaten verwiesen hatte – was allerdings die Gerichte, bis hin zum Obersten Gerichtshof, vorerst verhinderten. Nicht nur die US-Notenbank, sondern auch Wall Street- und andere Firmen benötigen für ihre Entscheidungen präzise und zeitnahe Wirtschaftsdaten – auch wenn diese Trump nicht gefallen mögen.

Neben der Zollpolitik sticht eine weitere Neuerung in der Trumpschen Wirtschaftspolitik hervor, nämlich die prominente Rolle, die „Big Tech" und die neuen Finanzeliten der großen Private-Equity-Firmen in ihr spielen. Die Prominenz der neuen Finanzeliten verdankt sich einem Wandel innerhalb des Finanzkapitals, der eine Spaltung hervorgetrieben hat zwischen den machtvollen Wall Street-Konzernen (die, gemeinsam mit multinationalen US-Firmen, eher den *corporate status quo* verteidigen) einerseits und den neuen Finanzkapitalisten, die dank der Politik des billigen Geldes nach 2008 zu plötzlichem Reichtum gekommen waren. Dieser aus Wagniskapital, Hedgefunds, und Private Equity-Firmen bestehende Sektor, der sog. *Private Funds*-Sektor, war während der Biden-Jahre explosiv gewachsen.[65] Während die alte Finanzelite Ordnung und Stabilität auf internationalen Märkten präferiert und auch von Trumps Handelspolitik nicht besonders angetan ist, fordern die neuen Finanzeliten – gemeinsam mit den Tech-Milliardären von Silicon Valley und der Krypto-Branche – einen radikalen Wandel, insbesondere in Form einer noch umfassenderen Deregulierungspolitik. Aus dieser Gruppe rekrutierten sich die ersten Unterstützer von Trumps Wahlkämpfen (siehe Mayer 2025: 220ff.), die seither das (finanzielle) Rückgrat der Trump-Koalition aus Tech-Monopolisten,[66] aufrührerischem Finanzkapital, und MAGA-Basis bilden.

---

64 https://www.washingtonpost.com/business/2025/08/01/jobs-report-july-unemployment/

65 Die Zahl von *Private Funds* stieg von 63.000 in 2020 auf fast 101.000 in 2024, die von ihnen gehaltenen Assets wuchsen um 34% auf fast 28 Billionen Dollar (Merchant 2025).

66 Vor allem jene neuen Tech-Firmen, die dem Verteidigungssektor zuarbeiten (wie Anduril, Palantir, SpaceX, OpenAI), ernten seither enormen Lohn für ihre Unterstützung für Trump. Dank ihrer Partnerschaften mit dem Pentagon

Von Anfang an war diese Koalition geprägt von Spannungen zwischen den Big Tech-Geldgebern, deren wirtschaftliche Interessen und kulturelle Affinitäten eher in Richtung offene Grenzen tendierten, und Trumps Wählerbasis, für die wirtschaftlicher und kultureller Nationalismus entscheidend ist.[67] Trump glich diesen Interessengegensatz, wie im zweiten Abschnitt gezeigt, in der Form aus, dass *selektive und begrenzte* Zuwanderung (von bestimmten Kategorien von hochqualifizierten Arbeitskräften) erlaubt, jedoch gering qualifizierte und „illegale" Arbeitskräfte ausgewiesen werden, was der massive Ausbau der Immigrationspolizei ICE gewährleisten soll.

Die Tech-Branche ist insgesamt hochzufrieden mit der neuen Trump-Regierung, da ihre Forderungen nach Rücknahme der Regulationen von Lina Khans *Federal Trade Commission* (FTC) und Gary Genslers *Securities and Exchange Commission* (SEC) erfüllt wurden. Vor allem die jüngsten Branchen der Tech-Industrie, Künstliche Intelligenz und Kryptowährungen, frohlocken ob der starken Unterstützung, die sie nun innerhalb der Regierung genießen. Gegen fast alle Tech-Unternehmen waren unter Biden Ermittlungen und Gerichtsverfahren wegen Verstößen gegen das Kartellrecht im Gang. Seit Trump an der Macht ist, haben sie mit dem DOGE-Team, in der FTC und SEC, im Finanzministerium und in der Steuerbehörde, und mit zahlreichen ihnen wohl gesonnenen Besetzungen in sämtlichen relevanten Ämtern direkten Einfluss auf die Regierung, der es ein Anliegen ist, diese „most bullish fraction of capital" von jeglichen Einschränkungen zu befreien (Durand 2025).

Schon kurz nach Amtsantritt kündigte Trump die Förderung eines immensen KI-Infrastrukturprojekts (das joint venture *Stargate*) an, mit einem Investitionsvolumen von 500 Milliarden Dollar, darunter trotz Einsparbekundungen auch US-Steuergelder.[68] Mit drei Direktiven (vom 24. Juli 2025), von denen eine noch bestehende Regulati-

---

melken sie den stets expandierenden Militärhaushalt und übertreffen dabei sogar die vormaligen wichtigsten Auftragnehmer des Militärs (wie Lockheed, Boeing und Raytheon).

67 Diese Spannung manifestierte sich bereits vor Trumps Amtsantritt, als es zwischen den Big-Tech-Arbeitgebern, die gerne gut ausbildete Fachkräfte aus Indien nutzen, und der MAGA-Basis, die die Interessen einheimischer Arbeiter*innen verteidigen wollen, zum heftigen Streit um Arbeitsvisas für solche Fachkräfte (H1B Visas) kam (s. Mayer 2025: 227).

68 Seither sind die beteiligten KI-Riesen OpenAI (dessen CEO Sam Altman vor zwei Jahren GPT-4 level auf den Markt brachte), Google und Anthropic allerdings von der chinesischen Firma DeepSeek in die Ecke gestellt worden,

onen weiter reduzierte, die zweite die Bewilligung von Datenzentren beschleunigte, und die dritte „anti-woke" Standards beförderte, enthüllte Trump eine KI-Strategie, von der top Tech-Firmen sowie Investoren weiter profitieren. Die Washington Post schrieb dazu, dass Tech-Milliardäre nun die US-amerikanische KI-Politik direkt aus dem Weißen Haus heraus entwickeln (Zakrzewski/Natanson 2025).

Und Kryptowährungen kommen, dank Trumps offensiver Förderung, mehr und mehr im Mainstream der Finanzpolitik an. Mit einem seiner ersten Dekrete zielte er auf die Stärkung der US-Führungsrolle in der digitalen Finanztechnologie, indem er die Absicht formulierte „*to promote the development and growth of lawful and legitimate dollar-backed stablecoins worldwide*".[69] Am 6. März ging er noch weiter mit einem Dekret, das eine strategische Reserve von Kryptowährungen etablierte. Bereits das Versprechen einer solchen strategischen Reserve und die Aussicht auf freundlichere Regulierungen der Kryptoindustrie ließen den Wert der Regierungs-Tokens auf bislang nicht erreichte Höhen klettern.[70]

Die strategische Krypto-Reserve Trumps soll, laut Varoufakis (2025), eine zentrale Rolle innerhalb des Plans zum Ausgleich der Handelsbilanzen spielen. Mit der Einrichtung einer Krypto-Reserve, die Dollar-gestützte Stablecoins enthält, signalisieren die US-Behörden an ausländische Dollar-Besitzer, dass die amerikanische Regierung ihr Eigentum an diesen Kryptowährungen respektiert. In Verhandlungen mit verschiedenen Regierungen, über die er stets das Damoklesschwert drohender Zölle aufhängt, kann Trump immer wieder erklären, wie erfreut er wäre, wenn diese Stablecoins mit ausländischen Dollars gekauft würden. Denn damit würde der Kurs des US-Dollars fallen, keine andere Währung würde dem Dollar den Status als Reservewährung streitig machen, und die Dollar-denominierten Stablecoins würden an Wert zulegen. Weil die Tokens dadurch mehr wert wären als der Dollar, würden mehr Tokens auf den Markt gebracht, und damit würde wieder ein 1-zu-1-Kurs mit dem „echten" Dollar herrschen. Mit dem aus dem Verkauf der zusätzlichen Tokens eingenommenen Geld könnten wiederum mehr langfristige US-Anleihen gekauft wer-

---

weil DeepSeek mit einem 50stel der Kosten ein kompetitives Modell auf den Markt gebracht hat (https://www.bbc.com/news/articles/c0qw7z2v1pgo).

69 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/strengthening-american-leadership-in-digital-financial-technology/

70 https://www.reuters.com/technology/trump-signs-order-establish-strategic-bitcoin-reserve-white-house-crypto-czar-2025-03-07/

den, um so den vergrößerten Bestand von Tokens abzusichern. Nach Trumps Doppelstrategie würde so der Dollar abgewertet, während die Nachfrage nach langfristigen US-Anleihen wachsen würde, wodurch die Bedienung der Staatsschulden billiger würde. Sollte diese Strategie funktionieren, und würden Stablecoins tatsächlich zu einer Säule der amerikanischen Hegemonie, hätte Trump eine Zeitbombe in das Fundament des globalen monetären Systems platziert (Varoufakis 2025).

Ob diese Strategie überhaupt realistisch ist, wird sich erweisen. Jedenfalls hat Trump in der Wirtschaftspolitik gemessen an seinen Versprechungen bislang am wenigsten erreicht: anstatt zu schrumpfen, wächst das Staatsdefizit dank OBBB rasant weiter, seine Zollpolitik produzierte sowohl nach außen als auch nach innen Investitionsunsicherheit und Marktunruhen[71], die KI erweist sich als überschätzt und viele Ökonomen warnen vor möglichen Folgen einer mangelnden Regulierung von Kryptowährungen.[72] Die massiven Einsparungen im Gesundheitsbereich, bei der Krankenversicherung und in der Altersversorgung, sowie die durch die Zollpolitik beflügelte Inflation ließen jedenfalls Trumps Zustimmungswerte tief sinken: die jüngste CNN/SSRS-Umfrage sieht nur noch 37% der Amerikaner*innen zufrieden mit seiner Performanz.[73]

Außen- und Sicherheitspolitik: Empire ohne Soft Power

Um den globalen „overreach" zurückzuschrauben und die Kosten der Rolle des Weltpolizisten zu reduzieren, und so die USA für eine starke Position in einer multipolaren Weltordnung aufzustellen, sind Trump und Außenminister Rubio fest entschlossen, die außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten der letzten Dekaden umzustoßen.[74] Mit

71 Obendrein könnte der Obersete Gerichtshof, wie bereits im August ein Berufungsgericht, urteilen, dass Trumps Verhängung von Zöllen auf praktisch alle Länder seine Kompetenzen als Präsident überstieg.

72 Trump selbst jedoch nutzte die neue Krypto-Technologie auf vielerlei Weisen, um sich und seine Familie persönlich zu bereichern. Siehe dazu David D.Kirkpatrick, The Number. How much is Trump pocketing off the presidency? The New Yorker, 11.8.2025 (https://www.newyorker.com/magazine/2025/08/18/the-number.

73 https://www.theguardian.com/us-news/2025/nov/03/trump-approval-rating

74 Als Trump dies während seiner ersten Präsidentschaft versuchte, scheiterte er am heftigen Widerstand des noch starken globalistischen Establishment. Die dekadenlang währende globale Hegemoniepolitik der USA, die seit Bill Clinton, über G.W. Bush und Barack Obama bis hin zu Joe Biden vorherrschend

Hilfe von DOGE attackierten sie das globalistische Establishment, wobei sie insbesondere auf die '*intelligence community*' fokussierten. Im Verteidigungsministerium und beim CIA Beschäftigte wurden massenhaft zur Frühverrentung gedrängt, wenn nicht gleich entlassen, und Behörden wie USAID und *National Endowment for Democracy* (NED) wurden abgewickelt.[75]

Diese vom Kongress eingerichteten und finanzierten „Soft Power"-Instrumente des parteienübergreifenden Hegemoniemodells der Nachkriegsära avancierten die geopolitischen Interessen der USA unter dem Deckmantel der Demokratieförderung: Armutsbekämpfungsprogramme, Wirtschaftsförderung vermittelt über (Kredit-)Programme von IWF, Weltbank, und diverse UN-Behörden gehörten ebenso dazu wie die Finanzierung nützlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medien, sowie Strukturanpassungsprogramme, die staatliche Dienstleistungen durch privatwirtschaftliche Entwicklungsprogramme ersetzten. Schließlich gehörten auch gelegentliche 'regime change'-Operationen und Farben-Revolutionen dazu, die sich der Sprache von Freiheit, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechten bedienten. All dies stellte eine „strategische Investition in die Sicherung US-amerikanischer Interessen dar und reflektierte doch gleichzeitig die höchsten Werte der USA" (Schiffer 2025).

Während die Abwicklung dieser alten Programme und Institutionen klar den Kurs verfolgt, mit dem so lange herrschenden Modell der transatlantischen US-Hegemonie inklusive seiner Soft-Power-Mechanismen zu brechen, verfolgen die eingeschlagenen *Policies* im außenpolitischen Bereich scheinbar paradoxe Ziele. Im Gegensatz zu Biden, der mit der US-Unterstützung für die Ukraine gegen Russland noch versuchte, die bedrohte Nachkriegsordnung zu retten, begann Trump sogleich damit, Elemente dieser Partnerschaft zwischen den

---

war, hatte entsprechend starke globalistische Netzwerke in Washington hinterlassen.

75 Diese Behörden waren nach dem Ende des Kalten Kriegs eingerichtet worden: Damals wurden die Nachrichtendienste verkleinert und ihre Funktionen sowie das entlassene Personal nicht nur von Frontorganisationen und privaten Aufklärungsfirmen absorbiert, sondern auch in die Entwicklungshilfeprogramme unter der Führung der *US Agency for International Development*, USAID und in die Demokratieförderungsprogramme des *National Endowment for Democracy*. Während des 'globalen Kriegs gegen den Terrorismus' (2001–2021), der eine enorme Nachfrage nach geheimdienstlichen Operationen generierte, expandierte dieser unter dem Radar operierende geheimdienstliche Sektor und gewann starken Einfluss innerhalb des nationalen Sicherheitsstaats.

USA und der Ukraine herunterzufahren, und mehr und mehr Anstrengungen zu unternehmen, um Putin zu Friedensverhandlungen zu drängen. Er verunsicherte die europäischen Partner durch die Androhung eines Ausstiegs der USA aus der NATO, aus den Klimavereinbarungen, aus der WHO und weltweiten Hilfsprogrammen. Aber ob die Trump-Regierung tatsächlich darauf abzielt, mit den Prinzipien der neoliberalen Globalisierung und ihrer „regelbasierten" Ordnung zu brechen, oder ob die Beendigung des transatlantischen Bündnisses (und die Hinwendung zu Putin) lediglich dazu dienen soll, den Rücken freizubekommen für die Auseinandersetzung mit dem Hauptrivalen China, darüber herrscht unter Beobachtern keine Einigkeit. Manche betonen, dass insbesondere die BRICS im Rahmen der sich herausbildenden multipolaren Ordnung eine Gegenmacht zu den USA darstellen könnten, und Trump deshalb nicht nur auf die Schwächung Chinas, sondern der BRICS insgesamt ziele, was u.a. durch die exzessiven Strafzölle gegen Brasilien, Südafrika und z.T. auch Indien nahegelegt wird.

Auch wenn offizielle Verlautbarungen der Regierung[76] eine Strategie des Rückzugs von imperialen *Commitments* nahelegen, so deutet Trumps faktisches Handeln eher auf eine nach wie vor aggressive imperiale Politik. Schon am 30. März drohte er erneut damit, den Iran zu bombardieren, falls es nicht bald zu einer Einigung über Irans Atomprogramm kommt. Auch die Realitäten, die Signal-Gate offenbarte, stehen eher in Kontinuität mit der bisherigen US-Politik im Nahen Osten: die amerikanische Regierung definiert freie Handelswege als nationales Kerninteresse, und findet, dass jene Abschreckungsfähigkeit, die unter Biden verloren gegangen sei, wiederhergestellt werden müsse. Die (außergewöhnlich teure) siebenwöchige Bombardierung von Zielen im Jemen, um die Houthis von der Störung der internationalen Schifffahrt abzuhalten, führte allerdings nicht zum erhofften Resultat.[77]

---

76 Wie bspw. die von sämtlichen Intelligence-Behörden unter Leitung des *Office of the Director of National Intelligence*, Tulsi Gabbard, zusammengestellte 'Jährliche Bedrohungseinschätzung der US Intelligence Community' (Annual Threat Assessment) vom März (ODNI 2025). Dieser Bericht sieht keine Bedrohung durch Russland, China, oder auch den Iran (was Trump allerdings anders sieht), sondern größere Bedrohungen in nicht-staatlichen Akteuren wie ausländischen terroristischen Organisationen („islamistische Extremisten") und v.a. auch in der „Invasion" von Drogen-Kartellen.

77 https://www.nytimes.com/2025/05/12/us/politics/trump-houthis-bombing.html; https://www.nytimes.com/2025/05/06/us/politics/trump-houthis-bombing.html

Für die Erfüllung solcher Weltpolizei-Aufgaben[78] sollen die davon profitierenden Länder allerdings zur Kasse gebeten werden. Trumps Top-Wirtschaftsberater Stephen Miran hat bereits Anfang April klargemacht, dass die Kosten für die beiden zentralen von den USA zur Verfügung gestellten „global public goods", nämlich der durch das US-Militär angebotene Sicherheitsschirm und der Dollar sowie US-Staatspapiere, die im internationalen Finanzsystem als zentrale Reserve genutzt werden, nicht mehr kostenlos zu haben sind.[79]

Auch an der bedingungslosen Unterstützung für den Vernichtungskrieg der israelischen Regierung gegenüber Palästina hielt Trump trotz wachsendem internationalem Gegenwind eisern fest – und interveniert auch nicht gegen die dauernden Verstösse Israels gegen die durch Trump vermittelte sog. Waffenruhe. Die stärkste Evidenz für die zentrale Rolle, die einer aggressiven Aussenpolitik erteilt wird, findet sich (wie immer) im Haushalt. Das OBBB-Paket enthält 150 Milliarden US-Dollar zur Stärkung der nationalen Verteidigung und zur Implementierung von Trumps „Frieden durch Stärke".[80] Das Budget des Verteidigungsministeriums für das Haushaltsjahr expandierte um 13,4% gegenüber dem Vorjahr.[81]

Lediglich die Art und Weise der Bewirtschaftung des Empire, die Strategien zu seiner Stärkung und die Taktiken zu seiner Expansion, ändern sich. Auf das Ende der „regelbasierten Ordnung" (die nun in Gaza endgültig beerdigt wird) könnte die Rückkehr zu einer tripolaren Ordnung folgen, in der jeder Großmacht ihre je eigene Herrschafts- oder Einflusszone zugesprochen wird (Toft 2025). So akzeptiert Trump partiell Putins Anspruch auf die Ukraine und will seinerseits Regionen, deren Lage und Ressourcen ihm von strategischem Wert erscheinen, integrieren – um angesichts des sich wandelnden globalen Machtgleichgewichts (wo die BRICS-Staaten zunehmend den Westen herausfordern) besser gewappnet zu sein. Trumps klar artikulierte Ex-

78 Michael Waltz, als er noch Nationaler Sicherheitsberater Trumps war, betonte während des Signal-Chats: nur die USA verfügen über die Kapazitäten, die Angriffe der Houthis nachhaltig mindern könnten, europäische Marinekräfte wären dazu nicht in der Lage (https://fortune.com/2025/03/26/leaked-signal-texts-mike-waltz-pete-hegseth-trump-white-house-yemen-houthi/).

79 https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/2025/04/cea-chairman-steve-miran-hudson-institute-event-remarks/

80 https://armedservices.house.gov/legislation/one-big-beautiful-bill.htm

81 https://www.defense.gov/News/Transcripts/Transcript/Article/4228828/background-briefing-on-fy-2026-defense-budget/

pansionsgelüste zielen auf Kanada (wegen seiner immensen natürlichen Ressourcen und seines stabilen Wirtschaftssystems), Grönland (wegen seiner strategischen Lage, seiner Mineralien, und als Tor zur Arktis und ihrem Energiepotential) und den Panamakanal (als Schwachstelle im globalen Handel), die ihm essenziell für die strategische und wirtschaftliche Macht der künftigen USA erscheinen. Gleichzeitig versucht er, Chinas und Russlands Einfluss bspw. in Lateinamerika abzuwehren. Zu diesem Zweck sichert er El Salvador, Argentinien und Ecuador seine volle Unterstützung zu, während er Länder, die sich den USA entgegenstellen, bedroht (Petros Kolumbien, Maduros Venezuela, Lulas Brasilien). Anders als vorherige US-Regierungen bemüht Trump zur Rechtfertigung seiner Interventionen in dieser Einflusssphäre keinerlei Rede von Menschenrechten und Demokratie, sondern behauptet enorme Gefahren für die nationale Sicherheit, die von Drogenkartellen und Immigration ausgehen. Anfang August 2025 initiierte Trump die Militarisierung des Kriegs gegen Drogenkartelle (Cooper u.a. 2025), die er zuvor bereits zu terroristischen Organisationen erklärt hatte (Jimenez 2025). Im Oktober autorisierte er verdeckte CIA-Operationen in Venezuela, und bis dato hat die Regierung bereits 17 angebliche Drogenhändler-Boote vor der südamerikanischen Küste mit Raketen beschießen lassen, dabei 70 Menschen ermordet, und nun auch Kriegsschiffe und den größten Flugzeugträger vor die Küste Venezuelas beordert, ohne dass der Kongress diese Operationen genehmigt hätte – offenbar mit dem Ziel, die Maduro-Regierung zu stürzen.[82]

Auf dem Weg zum autoritären Staat?

Unterschiedliche Kreise diskutieren, mit welchen Konzepten das beschriebene Regime angemessen begriffen werden könnte: sie reichen von 'illiberaler Demokratie' (Risse 2025, Beland 2025) über populistischen oder kompetitiven Autoritarismus (Gonzales 2024, Levitsky/Way 2002), Faschismus oder Totalitarismus (Stanley 2024, Snyder 2024) bis hin zum 'neuen Cäsarismus' oder Bonapartismus (Sassmannshausen 2025), von der Oligarchen- bis zur Bandenherrschaft (Lindemann 2024). Zumeist fokussieren sie auf *bestimmte* Aspekte des entstehenden Regimes – während sie andere unterbelichtet lassen. So stehen die Veränderungen der Staatsform und der Art des Regie-

82 https://www.nytimes.com/2025/11/04/us/politics/trump-weighs-attacks-venezuela.html

rens fast stets im Vordergrund, während Veränderungen in breiten (zivil-)gesellschaftlichen Spektren sowie ideologische Atmosphären, die sie von früheren sowie heutigen autoritären Tendenzen anderswo unterscheiden, weniger Aufmerksamkeit erfahren. Um die Spezifik des gesellschaftlichen und politischen Wandels unter Trump 2.0 zu erfassen, könnte es produktiv(er) sein, Analysekategorien eher aus einer *thick description* zu entwickeln und im Rekurs auf die exzeptionelle Entstehung, Formierung und Geschichte des US-amerikanischen Kapitalismus zu konkretisieren.

Weithin besteht Konsens, dass sich unter Trump 2.0 die Art des Regierens verändert hat. Auch die in diesem Kapitel behandelten Bereiche, von den (Handels-)Beziehungen mit anderen Ländern bis zu den Interaktionen mit zentralen gesellschaftlichen Institutionen wie Bildungs- und Forschungseinrichtungen oder Medienkonzernen im eigenen Land, zeigten *Deal-Making* als zentralen Steuerungsmechanismus, über den der Präsident das Verhalten dieser Akteure lenkt. Statt „*governance by deal*" schlägt Adam Tooze „*ad hoc governance*" oder auch „*governance by bullying*" als treffendere Begriffe vor (Tooze 2025), jedenfalls geht es um "Einigungen", die man eher mit der Mafia und anderen Formen von Bandenherrschaft assoziiert, also als 'Racketeering' beschreiben könnte. Ebenfalls zentral ist das Muster des *Ausrufens von Notlagen* (einer Invasion, einer Rebellion o.ä), denen die Regierung dann mittels *Dekret* begegnet. Trumps Politik nutzt solche Optionen weitaus systematischer als frühere Präsidenten, und der republikanisch dominierte Kongress unternimmt kaum etwas, um diese von der Exekutive dominierte Form des Regierens einzuschränken.

Diese Diagnose wird zwar breit gestellt, aber der damit verknüpfte Einsatz repressiver Instrumente und polizeistaatlicher Methoden nicht unbedingt in seiner historischen Vermitteltheit und politischen Bedeutung gewürdigt. Das kann auch in diesem kurzen Ausblick nicht gelingen, aber ein paar Hinweise könnten die Richtung verdeutlichen.

Schon am ersten Tag erklärte Trump eine Notsituation wegen der Drogenkartelle, was ihm erlaubte, diese zu terroristischen Organisationen zu erklären. Im Februar designierte das Außenministerium acht Drogenhandel-Organisationen als „FTOs" (foreign terrorist organizations)[83], was den Weg für militärische Operationen gegen sie ebnete. Im September erklärte Trump, dass der „transnationale illegale Handel mit Fentanyl und anderen tödlichen illegalen Drogen

83 https://public-inspection.federalregister.gov/2025-02873.pdf

einen nationalen Notstand bewirkt" und dass seine Regierung jedes Mittel und nie dagewesene Ressourcen dagegen einsetzen werde.[84] Nach dem Attentat auf Charlie Kirk (am 10.9.) erklärte er „Antifa" in einer Direktive als „(inländische) terroristische Organisation[85] und begründet damit hartes Vorgehen gegen jegliche Regierungskritiker. Und in seinem 'National Security Presidential Memorandum' (NSPM-7) vom 25.9. legte er nach, indem er den einschlägigen Bundesbehörden befahl, gegen sämtliche linken NGOs, die seine Agenda ablehnen, zu ermitteln und ihre Aktivitäten zu unterminieren. Dabei definiert das Memorandum folgende politische Haltungen als Indikatoren für Inlandsterrorismus: „Anti-Amerikanismus, Antikapitalismus, und Anti-Christentum", „Extremismus in Bezug auf Migration, Rasse, und Geschlecht" sowie Opposition zu „traditionellen amerikanischen Vorstellungen von Familie, Religion und Moral". Es instruiert die *Joint Terrorism Task Forces* des FBI – ein Netz von etwa 200 Einheiten zur Terrorismusbekämpfung, die notorisch für ihre Verletzungen von Bürgerrechten sind –, gegen solche Gruppen sowie ihre Geldgeber zu ermitteln.[86]

Das Designieren von politischen Gegnern als „Terroristen" ist seit den Anschlägen von 9/11 (2001) auf Basis des *PATRIOT Act* (der die Unterstützung von ausländischen terroristischen Organisationen kriminalisierte) verstärkt zur Anwendung gekommen, und war zunächst primär auf (in- und ausländische) islamistische Gruppen gerichtet. Aber auch gewalttätige rechtsextreme Gruppen sowie Umwelt- und *Animal-Rights*-Aktivismus wurden als „terroristisch" verfolgt. Das nach 9/11 etablierte Department of Homeland Security (November 2002) und die ICE-Behörde (März 2003) wurden in überparteilichem Konsens zur umfassenden und zunehmend militarisierten Bekämpfung dieser „Bedrohungen der inneren Sicherheit" etabliert. Nach dem 7. Oktober 2023 wurde, ebenfalls in überparteilichem Konsens, jeglicher propalästinensische Aktivismus (wegen angeblichem Antisemitismus und Unterstützung terroristischer Organisationen) systematisch verfolgt.

Dabei ist der Einsatz extrem repressiver Instrumente und militärischer Operationen, auch unter dem Vorwand des Terrorismus, gegen

---

84 https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2025/09/presidential-determination-on-major-drug-transit-or-major-illicit-drug-producing-countries-for-fiscal-year-2026

85 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/designating-antifa-as-a-domestic-terrorist-organization/

86 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/countering-domestic-terrorism-and-organized-political-violence/

in- und ausländische „Feinde" keineswegs neu und fand auch nicht nur unter rechtskonservativen Regierungen statt. Bereits in den Jahren nach 9/11 galten Immigranten nicht nur als potentielle Drogenschmuggler, sondern auch als potentielle Terroristen (Seghetti et al. 2005). Die mit solchen „Designierungen" freigesetzte, praktisch unkontrollierte Anwendung staatlicher/militärischer Gewalt richtete sich schnell auch gegen „innere" Feinde: denn wenn sowohl Hamas als auch Tren de Aragua oder MS-13 zu FTOs (foreign terrorist organizations) oder SDGTs (specially designated global terrorists) erklärt werden, dann gelten auch ihre Unterstützer innerhalb der USA als Terroristen.

Die Verknüpfungen von repressiven Immigrationsgesetzen, Militarisierung der Polizei, und der langen Geschichte rassistischer Gewalt manifestier(t)en sich insbesondere im Vorgehen der Migrationspolizei ICE, vor allem in von Demokraten regierten Städten mit mehrheitlich nicht-weißen Bevölkerungen. ICE erfüllt dabei recht unterschiedliche Funktionen gleichzeitig: wie oben gezeigt, ist sie in der Lage, *communities of color*, also Viertel in denen mehrheitlich Arbeiter*innen mit lateinamerikanischem Migrationshintergrund leben, zu terrorisieren; zweitens erlaubt sie den konservativen Republikanern, demokratisch regierte Städte zu kontrollieren; und gleichzeitig ist sie es, die auch propalästinensische Studierende kidnappt, festnimmt und abschiebt. Als gegen das brutale Vorgehen von ICE gegen Menschen, die aussahen, als könnten sie sich ohne Aufenthaltstitel in Los Angeles aufhalten, im Juni massive Proteste ausbrachen, erklärte Trump den Notstand und berief in einer Direktive mehr als 5000 Nationalgardisten unter dem Befehl des Verteidigungsministers in die Stadt.[87] Anschließend erklärte er auf *Truth Social*, „Los Angeles wäre komplett ausradiert worden", wenn er nicht die Nationalgarde dorthin beordert hätte.[88] Dabei erfolgte die Mobilisierung der Nationalgarde und zusätzlich noch die von 700 aktiven Marinesoldaten gegen den heftigen Einspruch der Bürgermeisterin von Los Angeles, Karen Bass, und des kalifornischen Gouverneurs Newsom, dem die Nationalgarde unterstellt ist. Ein Bundesrichter erklärte Trumps Order mit Verweis auf das Posse Comitatus-Gesetz (1878) per einstweiliger Verfügung für rechtswidrig, denn dies Gesetz verbietet den Einsatz von Bundestruppen als Polizei-

87 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/06/department-of-defense-security-for-the-protection-of-department-of-homeland-security-functions/

88 https://truthsocial.com/@realDonaldTrump/posts/114654277401980803

kräfte.[89] Bundestruppen dürfen höchstens Einrichtungen oder Personal des Bundes schützen, aber keinerlei polizeiliche Aufgaben wahrnehmen. Doch binnen Stunden hob ein Berufungsgericht den Urteilsspruch auf, und erlaubte dem Militär, weiter die Macht des Bundes auf den Straßen von Los Angeles zu demonstrieren. Anfang September hob ein Bundesrichter in San Francisco dies Urteil jedoch wieder auf, weil das Militär eindeutig Funktionen wahrgenommen habe, die ihm nicht gestattet sind (Kaplow 2025, Sottile u.a. 2025). Inzwischen unterstützt eine Koalition von 36 Städten sowie die U.S. Conference of Mayors den kalifornischen Gouverneur in seinem Kampf gegen die Verletzung des Posse Comitatus-Gesetzes und die Machtanmaßung der Bundesregierung gegenüber einem Einzelstaat (10. Zusatzartikel der Verfassung).[90] Auch die Verhaftungen, die Grenzbeamte im Rahmen ihrer streifenden Patrouillen vorgenommen hatten, konnten zunächst, von einem anderen Gericht, als verfassungswidrig verboten werden[91]. Es urteilte, dass die von den Beamten angewandten Kriterien (ethnische Zugehörigkeit, Aussehen) für die Selektion von zu verhaftenden Personen keinen hinreichenden Verdacht begründen, da in Los Angeles (zu) viele Latinos mit legalem Aufenthaltsstatus leben. Doch das Oberste Gericht hob Anfang September dies Urteil auf und erlaubte damit ICE und Border Patrol, ihre Verhaftungen auf der Basis von Racial Profiling zunächst fortzuführen.[92]

Nachdem Los Angeles sich als schwieriges Pflaster für das Anliegen der Trump-Regierung erwies, Militär im Landesinnern gegen die Bürger*innen der USA einzusetzen, schwenkte sie auf die Hauptstadt Washington um, wo der Bund über mehr Macht verfügt.[93] Am

89 https://calmatters.org/justice/2025/08/newsom-vs-trump-national-guard/

90 https://www.smartcitiesdive.com/news/mayors-legal-battle-national-guard/760735/

91 https://www.npr.org/2025/07/12/nx-s1-5465139/a-federal-judge-in-la-ordered-immigration-agents-to-stop-arresting-people-illegally; https://storage.courtlistener.com/recap/gov.uscourts.cacd.975351/gov.uscourts.cacd.975351.87.0.pdf

92 https://www.americanimmigrationcouncil.org/blog/supreme-courts-decision-racial-profiling-immigration-raids/

93 In Washington, D.C. haben Kongress und Präsident mehr Befugnisse als in den Gliedstaaten, u.a. kann der Präsident direkt über den Einsatz der Nationalgarde verfügen. Zwar gewährte das Home Rule-Gesetz von 1973 dem *District of Columbia* einige Selbstverwaltungsrechte, z.B. den eigenen Bürgermeister und einen 13-köpfigen Stadtrat zu wählen, um lokale Angelegenheiten selbst zu managen, aber über den Haushalt behält der Kongress die Aufsicht, und die D.C. Nationalgarde bleibt dem Präsidenten unterstellt.

11. August erklärte Trump, dass er die Kontrolle über das *Metropolitan Police Department* übernehmen und die Washingtoner Nationalgarde aktivieren werde, weil die wachsende Kriminalität in der Hauptstadt einen Notstand der öffentlichen Sicherheit konstituiere.[94] Er entsandte 1500 Reserve-Truppen aus verschiedenen Gliedstaaten nach Washington, wo sie, gemeinsam mit 900 Washingtoner Gardisten, Border Patrol-, Secret Service-, Drug Enforcement Agency-, Department of Homeland Security-, FBI- und ICE-Beamten „die Verbrechensquote reduzieren", aber vor allem an vielen strategischen Orten Präsenz zeigen und zentrale Transport-Knotenpunkte militärisch sichern sollten.[95]

Nachdem Trump das erste Mal Chicago – auch wegen angeblich hoher Kriminalitätsraten – avisierte, kam derart massiver Widerstand vom (afro-amerikanischen) Bürgermeister Brandon Johnson sowie vom Gouverneur von Illinois JB Pritzker, dass Trump sein Angebot erst einmal Städten wie Memphis (Tennessee), New Orleans (Louisiana), und Baltimore (Maryland) machte, und zwar als Hilfsangebot, denn die städtischen Polizeibehörden wären einer gewissen Unterstützung nicht abgeneigt. Danach machte Trump seine Drohung, Truppen auch nach Chicago zu senden, wahr. Anfang Oktober schickte „Kriegsminister" Hegseth sowohl Nationalgardisten von Illinois als auch von Texas nach Chicago, die dort – wie auch in Portland, Oregon – besonders aggressiv sowohl gegen Communities als auch lokale politische Vertreter vorgingen. Alle diese Städte werden von Demokratischen Bürgermeistern bzw. New Orleans von einer Bürgermeisterin (LaToya Cantrell) regiert, die, außer in Portland,

---

Unter bestimmten Bedingungen ist dem Präsidenten auch die Befehlsgewalt gegenüber der Polizeibehörde erlaubt.

94 https://www.pbs.org/newshour/politics/trump-says-hes-placing-washington-police-under-federal-control-and-deploying-the-national-guard

95 Seit Beginn der Initiative „To clean up Washington" wurden mehr als 1000 Leute verhaftet, doch häufig verweigern Richter die Verfolgung dieser Fälle (https://www.wunc.org/2025-08-26/the-most-illegal-search-judges-push-back-against-d-c-criminal-charges). Neben der Sicherung strategischer Orte konzentrierten sich die vom Bund nach Washington mobilisierten Ordnungskräfte, zusammen mit der lokalen Polizei, auf das Wegräumen von Obdachlosenzelten. Allerdings wurden sie auch als Ersatz für das von DOGE weggekürzte *National Park Service Personal* zur Säuberung und Pflege der Parkanlagen Washingtons eingesetzt (https://www.thedailybeast.com/trumps-crimefighting-shock-troops-ordered-to-clean-up-trash-near-the-white-house; https://www.washingtonpost.com/dc-md-va/2025/08/15/dc-police-national-guard-map-trump/; https://www.americamagazine.org/weekly-dispatch/2025/08/29/national-guard-trump-crime-washington/).

nicht-weiße Bürgermeister sind. Während jede neue Entsendung von Militär und anderen Bundeskräften in eine solche Stadt die repressive Kontrolle der Trump-Regierung über die städtische Politik sichert, soll das begleitende Narrativ die angeblich hohen Verbrechensquoten dort als Konsequenz sowohl einer überproportional großen nichtweißen Bevölkerung als auch der Inkompetenz von demokratischen Regierungen darstellen.

Sowohl die Machtanmaßung, die Trump über präsidiale Notstandserklärungen ausübt (und die derzeit weder durch die Gewaltenteilung noch durch Mechanismen innerhalb der Exekutive verhindert wird[96]) als auch die Zentralisierung und Politisierung von Polizeikräften und Reservesoldaten werden in den medialen und fachwissenschaftlichen Diskussionen häufig als plötzlicher historischer Bruch, als krasse Negation der bisherigen liberalen Ordnung und als Abweichung vom demokratischen Entwicklungsverlauf der USA skandalisiert. Jedoch handelt es sich eher um Zuspitzungen und/oder Ausweitungen von häufig in der amerikanischen Geschichte praktizierten *law & order*-Strategien des nationalen Sicherheitsstaats, die tief in die Institutionen und Rechtsgeschichte des Landes eingeschrieben sind.

Nicht nur gründete, wie im ersten Abschnitt erwähnt, die liberale amerikanische Gesellschaft in der gewaltsamen Enteignung und Ausrottung indigener Bevölkerungen sowie der Versklavung und Entrechtung der afro-amerikanischen Bevölkerung. Sie hat nicht nur den ehemaligen Sklaven, sondern auch Frauen und Besitzlosen bürgerliche und politische Rechte lange vorenthalten. Und ihre Geschichte ist von

96 Der gezielte Ab- und Umbau des Staates hatte eben zur Folge, dass im Justizministerium niemand mehr ist, der oder die dem Präsidenten sagt, dass die Verfassung bzw. bestimmte Gesetze seine Macht begrenzen könnten (Wittes 2025). Und die Judikative (bzw. deren von Trump unabhängigen Teile) kommt kaum hinter den permanenten, potentielle Spielräume austestenden Direktiven hinterher. Auf diese folgen zwar stets sofortige Unterlassungsklagen, einstweilige Verfügungen, und dann langdauernde Auseinandersetzungen vor Distrikt-, Berufungs- und Bundesgerichten, bis hin zum Obersten Gerichtshof. Selbst wenn sich herausstellt, dass die Trump-Regierung illegal gehandelt hat, ist der Schaden meist längst angerichtet. Oft widersetzt sich die Regierung jedoch schlicht dem Urteilsspruch, und/oder sie bedroht und attackiert die Richter – die Unabhängigkeit der Justiz und damit die Rechtstaatlichkeit werden dadurch erodiert (Jouvenal 2025). Die republikanische Mehrheit im Kongress hat ihre Kontrollfunktion im Rahmen der Gewaltenteilung längst selbst aufgegeben, die Republikaner haben schließlich die Übernahme ihrer Partei durch Trump geschluckt, und die Demokraten betrieben bis zum Shutdown noch nicht einmal das Geschäft der parlamentarischen Opposition.

Anfang an geprägt von militärischen Eroberungen nach außen, und nach innen – trotz der Bedeutung des Ersten Zusatzartikels zur Verfassung – von massiven Einschränkungen von Rede- und Meinungsfreiheit. Die Alien and Sedition Acts von 1798 bspw. kriminalisierten jedwede Kritik an der Regierung (der *Federalists*) und zielten damit v.a. auf die (von Neuankömmlingen favorisierte) Partei der Democratic-Republicans. Trump war nicht der erste Präsident, der sich später auf diese Gesetze berief: als er im März 2025 angebliche venezolanische Gangmitglieder, die von ICE „verschwunden" wurden, in das Hochsicherheitsgefängnis CECOT in El Salvador verfrachtete, bezog er sich auf die hier dem Präsidenten gewährte Autorität, Dissidenten zu deportieren.[97] Auch die Palmer Raids, die (1918-21) unter der Präsidentschaft des Demokraten Woodrow Wilson stattfanden (und als 'First Red Scare' in die Geschichte eingingen), zogen die Alien and Sedition Acts heran, um Tausende von Einwanderern sowie US-Bürger*innen, denen eine kommunistische oder sozialistische Einstellung unterstellt wurde, zu verhaften bzw. die Ausländer zu deportieren (Stone 2004). Und Präsident Roosevelt berief sich ebenfalls auf dies Gesetz, um ca. 9000 japanisch-stämmige Amerikaner*innen als „enemy aliens" zu Beginn des 2. Weltkriegs in Konzentrationslager zu verfrachten, wo sie bis 1946 festgehalten wurden.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs (1865) überwachten Bundestruppen – während der sog. Rekonstruktionsphase – zunächst die Einhaltung der Rechte Schwarzer Amerikaner*innen, doch nach deren Abzug (1877) verabschiedeten die meisten Südstaaten sog. Jim Crow Laws, mit denen rassistische Segregation bis in die 1960er Jahre durchgesetzt wurde. Die McCarthy-Ära (sog. 'Second Red Scare') begann mit der Direktive Präsident Harry Trumans (auch er ein Demokrat) im März 1947, alle Bundesangestellten einem Loyalitätstest zu unterziehen, um solche mit Nähe zu „totalitären, faschistischen, kommunistischen oder subversiven" Organisationen aus dem Staatsdienst zu entfernen. Die Säuberungen von angeblich linksextremen Staatsbediensteten weiteten sich bald auf Hollywood bzw. die Unterhaltungsindustrie, sowie Akademiker*innen, linke Politiker und Gewerkschafter aus, denen kommunistische Gesinnung oder „un-amerikanische Aktivitäten" unterstellt wurden. Und schließlich wurden Anführer der Bürgerrechtsbewegung und linke Aktivist*innen dekadenlang vom FBI drangsaliert,

97 https://www.americanimmigrationcouncil.org/blog/why-trump-alien-enemies-act-matters/

und Schwarze Befreiungsbewegungen wie die Black Panther in den 60er Jahren wurden systematisch dem rassistischen Terror und der Gewalt des Staats unterworfen. Dies veranlasste deren Theoretiker*innen – wie z.B. George Jackson, Angela Davis, aber auch Herbert Marcuse – zu argumentieren, dass es in den USA keiner Machtergreifung durch eine faschistische Bewegung bedürfe, denn das karzerale System, die weiße Vorherrschaft, und die Aufstandsbekämpfung des Staats könnten jederzeit nicht nur gegen ihre Communities und andere antikoloniale Bewegungen aktiviert werden, sondern auch darüber hinaus schleichenden Autoritarismus und sogar Faschisierung beschleunigen (Toscano 2023).

Kurz, in mehreren Phasen der US-amerikanischen Geschichte konnte die konservative Rechte erstarken, eben weil Ideologien und Praxen von xenophoben, rassistischen und anti-progressiven Charakteristiken der frühen Siedlergesellschaft erhalten geblieben und in überparteilichem Konsens reproduziert worden sind. Den beiden progressiven Schüben – dem New Deal der 30er Jahre und den bürgerrechtlichen und sozialen Reformen der 60er – begegneten die „Movement Conservatives" mit zunächst fragmentiertem Backlash. Doch nach der Verabschiedung des *Voting Rights Act 1965* (mit dem die USA allererst in der Demokratie angekommen waren) gelang es ihnen, die Forderungen der Kapitalisten nach Deregulierung und Steuersenkungen mit denen der Rassisten und Sexisten unter einen Hut zu bringen, um in der Folge mit Ronald Reagan ins Weiße Haus zu ziehen. Mit der *Reagan Revolution* wurde die Wunschliste der konservativen Rechten zum ersten Mal seit der Rekonstruktionsphase wieder mehrheitsfähig und seither wurde sie von den Think Tanks der populistischen Rechten stetig weiterentwickelt, und alle vier Jahre der jeweiligen Konjunktur angepasst.

Der Trumpismus weicht also nicht so stark vom „amerikanischen Weg" ab wie oft unterstellt (und auch nicht vom neoliberalen Weg!), sondern manifestiert eine von Anfang an charakteristische Regierungstendenz – von der Herrschaft der weißen Männer in der frühen Siedlergesellschaft bis hin zu Reagans konservativer Revolution. Das von der aktuellen Regierung implementierte *Project 2025* ist die neunte, von der Heritage Foundation erarbeitete Blaupause für Republikanische Regierungen seit Reagan, und adaptiert lediglich die immergleiche Wunschliste der Republikaner an die heutigen Bedingungen.

Was heute allerdings neu ist, ist das Ausmaß der Vermögensungleichheit und die Schärfe der Verwertungskrise des Kapitals im Kontext sich verschiebender geoökonomischer und geopolitischer

Kräfteverhältnisse. Die sich seit Jahrzehnten verschärfende soziale Ungleichheit wird durch das OBBB-Gesetzespaket derart weitergetrieben, dass breite Verelendungsprozesse absehbar sind. Gleichzeitig konzentrieren die oberen 10% solch gigantischen Reichtum, dass nüchterne Begriffe wie Einkommens- oder Vermögensungleichheit diese Disparitäten kaum angemessen beschreiben. Diese Mega-Reichen, vor allem die neuen Finanzeliten und Big Tech-Mogule, die sich früh als Trump-Unterstützer hervorgetan haben und von seiner Politik weitaus mehr profitieren als die sog. MAGA-Basis, pflegen zu großen Teilen eine ideologische Nähe zur visionären Fortschrittserzählung rechtskonservativer Vordenker wie Curtis Yarvin (Kofman 2025). Da sich aus deren Visionen weder ein kohärentes noch nachhaltiges Gesellschaftsmodell entwickeln lässt, das auch den 80% ein lebenswertes Leben zugesteht, werden wohl heftige soziale Kämpfe und politische Auseinandersetzungen notwendig sein.

Literatur

Barrett, Brian (2025): DOGE has achieved its final form, in: WIRED, 29.5. https://www.wired.com/story/elon-musk-stepping-back-doge-final-form/

Beland, Daniel (2025): Donald Trump and the Illiberalization of America, in: Policy. Canadian Politics and Public Policy, 16.7. https://www.policymagazine.ca/donald-trump-and-the-illiberalization-of-america/

Bendavid, Naftali (2025a): For Trump, seizing emergency powers has become central to governing, in: Washington Post, 9.6. https://www.washingtonpost.com/politics/2025/06/09/trump-emergencies-protests-deportations-tariffs/

– (2025b): The Supreme Court and Congress cede powers to Trump and the presidency, in: Washington Post, 4.7. https://www.washingtonpost.com/politics/2025/07/04/executive-trump-powers-congress-supreme-court/

Bonica, Adam (2025): The 96% rebellion: District courts mount historic resistance, but the Supreme Court looms, 24.5. https://data4democracy.substack.com/p/the-96-rebellion-district-courts

Cohen, Jeff (2025): Interview: „Big, fat bribe": Stephen Colbert's show canceled after he slams Trump & Paramount/Skydance merger. Democracy Now! 23.7. https://www.democracynow.org/2025/7/23/stephen_colbert

Cooper, Helene u.a. (2025): Trump directs military to target foreign drug cartels, in: New York Times, 8.8. https://www.nytimes.com/2025/08/08/us/trump-military-drug-cartels.html

Demirjian, Karoun (2025): Appeals Court paves way for mass layoffs at C.F.P.B., in: New York Times, 15.8. https://www.nytimes.com/live/2025/08/15/us/trump-administration-dc-news

Durand, Cedric (2025): Fragile Leviathan? In: SideCar, 30.1. https://newleftreview.org/sidecar/posts/fragile-leviathan?pc=1654

Frenkel, Sheera/Krolik, Aaron (2025): Trump taps Palantir to compile data on Americans, in: New York Times, 30.5. https://www.nytimes.com/2025/05/30/technology/trump-palantir-data-americans.html

Furman, Jason (2025): The post-neoliberal delusion. And the tragedy of Bidenomics, in: Foreign Affairs, März/April, 10.2. https://www.foreignaffairs.com/united-states/post-neoliberal-delusion#

Gonzales, Miriam Juan-Torres (2024): Fear, Grievance, and the Other. How authoritarian populist politics thrive in contemporary democracies. Berkeley Othering and Belonging Institute. https://belonging.berkeley.edu/sites/default/files/2024-11/FearGrievanceandtheOther_Nov2024.pdf

Grandin, Greg (2019): The end of the myth. From the frontier to the border wall in the American Mind. New York.

Hulse, Carl (2025): G.O.P. Push behind Trump agenda has Congress in an uproar, in: New York Times, 20.7. https://www.nytimes.com/2025/07/20/us/politics/republicans-democrats-congress-dysfunction-trump.html

Hutchinson, Bill (2025): Trump changes tune as his billionaire supporters push back against tariffs, abc News, 9.4. https://abcnews.go.com/Business/billionaire-trump-backer-bill-ackman-issues-dire-warning/story

Hyatt, John (2025): Elon Musk is $170 billion richer since endorsing Trump, in: Forbes, 24.5. https://www.forbes.com/sites/johnhyatt/2025/05/24/elon-musk-is-170-billion-richer-since-endorsing-trump/

Jimenez, Curro (2025): In Latin America, the US is showing what the future world order could look like, in: Naked Capitalism, 14.8. https://www.nakedcapitalism.com/2025/08/in-latin-america-the-us-is-showing-what-the-future-world-order-might-look-like.html

Jouvenal, Justin (2025): Supreme Court Justice Kagan says independence of judges is under threat, in: Washington Post, 24.7. https://www.washingtonpost.com/politics/2025/07/24/kagan-talk-supreme-court-california/

Kanno-Youngs, Zolan (2025): Trump says Smithsonian focuses too much on 'how bad slavery was', in: New York Times, 19.8. https://www.nytimes.com/2025/08/19/us/politics/trump-smithsonian-slavery.html.

Kaplow, Larry (2025): Judge rules against National Guard in LA and Trump vows to send them to Chicago. NPR, 2.9. https://www.npr.org/2025/09/02/nx-s1-5525647/a-california-judge-rules-that-trumps-deployment-of-the-guard-to-la-was-illegal

Kilgore, Ed (2025): No president has ever had something like Trump's megabill, in: New York Magazine, 3.7. https://nymag.com/intelligencer/article/no-president-has-ever-had-something-like-big-beautiful-bill.html

Knutson, Jacob (2025): What is unitary executive theory? How is Trump using it to push his agenda? In: Democracy Docket, 20.2. https://www.democracydocket.com/analysis/what-is-unitary-executive-theory-how-is-trump-using-it-to-push-his-agenda/

Kofman, Ava (2025): Curtis Yarvin's plot against America, in: The New Yorker, 2.6. https://www.newyorker.com/magazine/2025/06/09/curtis-yarvin-profile

Kruzel, John u.a. (2025): Supreme Court clears way for Trump to pursue mass federal layoffs. Reuters, 9.7. https://www.reuters.com/legal/litigation/us-supreme-court-lifts-order-that-blocked-trumps-mass-federal-layoffs-2025-07-08/

LeVine, Marianne/Hawkins, Derek (2025): Under Trump, border patrol arrests immigrants far from U.S.-Mexico border, in: Washington Post, 22.7. https://www.washingtonpost.com/immigration/2025/07/22/border-patrol-arrests-us-mexico-border-trump/

Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel (2024): Tyranny of the minority. New York.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy, 15/2 (April), 51-65.

Lindemann, Kai (2024): Die Politik der Rackets. Zur Praxis der herrschenden Klassen. Münster.

Malito, Alessandra (2025): Social Security is on a path to privatization, experts warn, led by Elon Musk's 'DOGE, in: MarketWatch, 23.3. https://www.marketwatch.com/story/social-security-is-on-the-path-to-privatization-experts-warn-led-by-musks-doge-81b934cc

Mandate for Leadership. The Conservative Promise, Project 2025, Presidential Transition Project, The Heritage Foundation 2023, https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf

Mayer, Margit (2022): Die US-Linke und die Demokratische Partei. Berlin.

– (2024): Geschichte und Struktur sozialer Bewegungen in den USA, in: Christian Lammert u.a. (Hrsg.), Handbuch Politik USA, aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Springer VS, 57-73. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-39686-2_72

– (2025): Die USA am Vorabend einer neuen Ära, in: Prokla, Heft 218, 55. Jg., Nr. 1, 211-234, https://prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/2175.

Merchant, Jamie (2025): The uneasy oligarchy, in: The Baffler, 8.7. https://thebaffler.com/latest/the-uneasy-oligarchy-merchant.

Norton, Ben (2025a): US VP JD Vance admits West wants South trapped at bottom of value chain, in: Geopolitical Economy, 26.3. https://geopoliticaleconomy.com/2025/03/26/jd-vance-west-global-south-global-value-chain/

– (2025b): Trump advisor reveals tariff strategy: Force countries to pay tribute to maintain US empire, in: Geopolitical Economy, 10.4. https://geopoliticaleconomy.com/2025/04/10/trump-advisor-miran-tariff-pay-us-empire/.

Office of the Director of National Intelligence (ODNI) (2025): Annual Threat Assessment of the U.S. Intelligence Community, 24.3. https://www.intelligence.senate.gov/sites/default/files/ATA%202025%20-%20%2024%20Mar%20-%20Unclass%20-%20Final-Final%20Version.pdf

Olivares, José (2025): Trump administration sets quota to arrest 3,000 people a day in anti-immigration agenda, in: The Guardian, 30.5. https://www.theguardian.com/us-news/2025/may/29/trump-ice-arrest-quota

Packard, Clark/Carillo Obregon, Alfredo (2025): The Nvidia/AMD-Trump Deal: Legal questions, crony capitalism, and national security for sale. Cato Institute, 13.8. https://www.cato.org/blog/nvidia-amds-deal-trump-administration-national-security-sale

Rana, Aziz (2025): Constitutional Collapse, in: SideCar, 21.3. https://newleftreview.org/sidecar/posts/constitutional-collapse

Reichlin-Melnick, Aaron (im Interview von Dahlia Litwick) (2025): The true purpose of Stephen Miller's reign of terror, in: The Slate, 21.7. https://slate.com/news-and-politics/2025/07/trump-deportations-stephen-miller-immigration-reign-of-terror.html.

Risse, Mathias (2025): Dividing up the planet and championing illiberal democracies: Trump seeks to make Carl Schmitt's vision of the world order a reality. Harvard Kennedy School, 6.3. https://www.hks.harvard.edu/centers/carr-ryan/our-work/carr-ryan-commentary/dividing-planet-and-championing-illiberal

Ruehl, John P. (2025): Trump knows exactly what his China trade war means, in: Asia Times, 25.4. https://asiatimes.com/2025/04/trump-knows-exactly-what-his-china-trade-war-means/.

Sassmannshausen, Felix (2025): Donald J. Trump und der neue Cäsarismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7 (Juli), 59-70.

Savage, David G. (2025a): Supreme Court OKs Trump's mass layoffs of federal employees across more than a dozen agencies, in: Los Angeles Times, 8.7. https://www.latimes.com/politics/story/2025-07-08/supreme-court-upholds-trumps-mass-layoffs-federal-employees

– (2025b): Supreme Court OKs Trump's plan to dismantle the Education Department, in: Los Angeles Times, 14.7. https://www.latimes.com/politics/story/2025-07-14/supreme-court-oks-trumps-plan-to-dismantle-the-education-department

– (2025c): Trump is winning in the Supreme Court because its conservatives believe in strong executive power, in: Los Angeles Times, 17.7. https://www.latimes.com/politics/story/2025-07-17/supreme-court-rulings-trump-executive-power

Schiffer, Michael (2025): Stop-work order on US foreign aid puts China first and America last, in: Just Security, 22.1., https://www.justsecurity.org/106876/us-foreign-aid-stop-work-order/

Seghetti, Lisa M. (2005): Border Security and the Southwest Border: Background, Legislation, and Issues. Congressional Research Service, 28.9. https://www.everycrsreport.com/files/20050928_RL33106_e193603571bbdbc8b8fd77dd4f0794aec6dee64d.pdf

Sharma, Ruchir (2024): What went wrong with capitalism? London.

Snyder, Timothy (2024): How to stop fascism (updated). Five lessons of the Nazi takeover, 5.7. https://snyder.substack.com/p/how-to-stop-fascism

Sonnenfeld, Jeffrey A./Henriques, Stephen (2025): How the Business Community turned back tariffs – for now, 14.4. https://insights.som.yale.edu/insights/how-the-business-community-turned-back-tariffs-for-now

Sottile, Zoe u.a. (2025): The legal battle over Trump's use of the National Guard moves to a California courtroom. CNN, 11.8. https://edition.cnn.com/2025/08/10/us/california-newsom-trump-national-guard

Speri, Alice (2025): 'Everyone is coming into fire': Students return to US campuses bruised and changed by Trump's assault, in: The Guardian, 23.8. https://www.theguardian.com/us-news/2025/aug/23/us-college-campuses-trump-funding-protests

Stanley, Jason (2024): Erasing History: How Fascists Rewrite the Past to Control the Future. New York.

Stone, Geoffrey R. (2004): Perilous Times: Free Speech in War Time from the Sedition Act of 1798 to the War on Terrorism. New York.

Tett, Gillian (2025): Capital inflows could be the Trump administration's next target, in: Financial Times, 14.3. https://www.ft.com/content/b1bf0858-d7d5-489d-8d61-02997d2f4aec

Toft, Monica Duffy (2025): The Return of Spheres of Influence, in: Foreign Affairs, 13.3., https://www.foreignaffairs.com/united-states/return-spheres-influence

Tooze, Adam (2025): Chartbook 399: Columbia University, the Trump administration and „ad hoc governance": Iterations of the „Unstate", 25.7. https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-399-columbia-university

Toscano, Alberto (2023): Late fascism: Race, Capitalism and the Politics of Crisis. London.

Varoufakis, Yanis (2025): Donald Trump's economic master plan. He's plotting an anti-Nixon shock, in: UnHerd, 12.2. https://unherd.com/2025/02/why-trumps-tariffs-are-a-masterplan/

Walters, Joanna (2025): Denied, detained, deported: The faces of Trump's immigration crackdown, in: New York Times, 22.6. https://www.theguardian.com/us-news/2025/apr/28/trump-immigration-people-detained-deported-cases

Watkins, Ali/Feuer, Alan (2025): U.S. says deportation of Maryland man was an 'administrative error', in: New York Times, 1.4., https://www.nytimes.com/2025/04/01/us/politics/maryland-man-deportation-error-el-salvador.html.

Wittes, Benjamin (2025): Just how bad is The Situation at the Justice Department? So much worse than you thought, in: Lawfare, 21.8. https://www.lawfaremedia.org/article/the-situation--so-much-worse-than-you-thought

Zakrzewski, Cat/Natanson, Hannah (2025): Silicon Valley's bet on Trump starts to pay off, in: Washington Post, 24.7. https://www.washingtonpost.com/politics/2025/07/23/trump-ai-action-plan-big-tech/